

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Verbands- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebenköpfige Kolonielzeile oder deren Raum 25 Pfg., im redaktionellen Teil 1 Mk. Geschäftsanzeigen werden nach Belegung der laufenden Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphische Adresse: **Glück-Auf Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Wabrück unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Offen.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Dann, ja dann!

O Mann der Berge, den man jetzt noch höhnt,
Beständig antreibt und nur schlecht entlohnt,
Dem Herrentrutz jedwede Bess' rung weigert,
Weil unerfänglich sich die Goldgrube steigert,
Und weil du, Bergmann, immerfort noch blind,
Dir aus den Segeln selber nimmst den Wind. —
O Mann in Lumpen und von Staub beruht,
Wärst du der eignen Kraft dir erst bewußt
Und wüßtest du Gebrauch davon zu machen,
Man würde deiner wahrlich nicht mehr lachen —
Nein, umgekehrt — erzittern würde dann
So mancher Proß vor dir, dem Bergemann. — H. K.

Radbod.

Die Unglücksursache ist — festgestellt!

Durch die Presse geht die Mitteilung, es sei seitens der Staatsanwaltschaft Klage gegen den Betriebsführer der Zeche Radbod erhoben worden. Dieser Prozeß solle die Ursache der Katastrophe, deren Opfer noch zum größten Teil in der Grubentiefe liegen, ans Tageslicht bringen. Da dem Betriebsführer der Prozeß gemacht werden soll, ist doch anzunehmen, daß die Untersuchung ein Verschulden des Mannes als mindestens wahrscheinlich ermittelt hat.

Vor kurzem noch hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe im Landtage erklärt, die Untersuchung über die Katastrophennursache sei im Gange, also nicht abgeschlossen. Vielleicht gedenkt man durch den Prozeß gegen den Betriebsführer die Sache zum Abschluß zu bringen.

Wenn aber amtlichen Beurkundungen über die Ursachen von Unglücksfällen noch Glauben zu schenken ist — und darauf kommt es nun an! — dann ist der angekündigte Prozeß gegen den Betriebsführer überflüssig! Denn es liegt schon eine bestimmte amtliche Erklärung über die Ursache der Radbodkatastrophe vor!

Wir kommen zu diesem Schluß nach dem Studium des neuesten Berichtes der Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion II (Ruhrgebiet). Darin wird in der üblichen Weise auch pro 1908 die Summe „der entschädigten Unfälle“, also der tödlichen und schweren, gruppiert nach den „inneren Ursachen“ der einzelnen Unfälle. Vier Rubriken werden aufgemacht und zwar in folgender Weise: es entstanden die Unfälle infolge

- I. Gefährlichkeit des Betriebes an sich,
- II. Mängel des Betriebes im besonderen,
- III. Schuld der Mitarbeiter,
- IV. Schuld der Verletzten selbst.

Unfälle, die in die Rubriken I gehören, geben dem Strafrichter keinen Anlaß zum Einschreiten. Gegen natürliche Betriebsgefahren (Gruppe I) kann man doch nicht strafrechtlich vorgehen. Das sind die sogenannten „unabwehrbaren Gefahren des Bergbaues“, womit wir aber nicht sagen wollen, daß sie tatsächlich in dem behaupteten Umfange unabwendbar sind.

Ist aber einmal von der die Unfälle untersuchenden Behörde nach dem gebräuchlichen Schema ein Unfall als durch „Gefährlichkeit des Betriebes“ erzeugt anerkannt worden, dann hat die Strafjustiz mit diesem Fall nichts mehr zu tun.

Man stellen wir fest, daß in dem amtlichen Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft Sektion II pro 1908 insgesamt **5299** Unfälle als „entschädigungspflichtig“ registriert werden; davon seien **4375** infolge „Gefährlichkeit des Betriebes an sich“, **798** infolge Schuld der Verletzten, **112** infolge Schuld der Mitarbeiter **und nur 14 infolge Mängel des Betriebes entstanden!!!**

Da aber bei der Radbodkatastrophe nach Angabe der Berufsgenossenschaft **348** Arbeiter getötet und **21** verletzt worden sind, so ist die Katastrophe nach der Bekundung der für die Zusammenstellung der Unfallstatistik in Betracht kommenden Untersuchungsbehörde entweder infolge „Mängel des Betriebes an sich“ oder — infolge Selbstverschuldung entstanden!!! Aus der weiteren Spezialisierung der Unfälle (Seite 38 des Berichtes) geht aber wohl mit Bestimmtheit hervor, daß nach den Ermittlungen der untersuchenden Behörde bzw. ihrer Vertreter die Radbodkatastrophe durch „Gefährlichkeit des Betriebes an sich“ verursacht wurde.

Aber wenn das der Fall ist, was hat dann der angekündigte Prozeß gegen den Betriebsführer für einen Zweck?!

Der Mann kann doch nicht für die „Gefährlichkeit des Betriebes an sich“ strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden! Ist die Angabe im Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft auf Grund der gezeigten vorgeführten Unfalluntersuchung gemacht, warum dann noch ein Strafverfahren zwecks Ermittlung der oder des Schuldigen? Sie sind ja schon festgestellt, es sind die „unabwehrbaren Gefahren des Bergbaues“; so wenigstens behauptet der Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft. Ist so die Unfallursache durch irgend eine Behörde ermittelt worden, warum wird das der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt, wie es der Minister feierlich vor dem Lande versprochen? Und wie konnte der Minister noch vor kurzem versichern, die Untersuchung sei noch nicht

abgeschlossen, wo doch in dem schon vor vielen Wochen zusammengestellten Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft die überzeugende Feststellung hineinkam, die Radbodkatastrophe sei eine Folge der natürlichen Betriebsgefahren!

Wer hat diese Untersuchung geführt? Wann ist sie abgeschlossen worden? War da auch überhaupt schon eine einzige zurückgebliebene Sache aus dem Schachte geholt? Was soll der angekündigte Prozeß gegen den Betriebsführer, wenn die Katastrophe keine Folge einer strafwürdigen Betriebsleitung gewesen sein kann nach der Unfallstatistik in dem amtlichen Bericht?!

Wir erwarten, daß die Bergbehörde und die Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit klipp und klar mitteilt, was hinsichtlich der Untersuchung der Radbodkatastrophe von ihnen festgestellt ist, was es mit dem Prozeß gegen den Betriebsführer und mit der **ihn von vornherein freisprechenden** Befundung in dem Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft für eine Bewandnis hat.

Die Öffentlichkeit, insbesondere die Hinterbliebenen und die Kameraden der Katastrophenopfer haben ein Recht darauf, daß nunmehr der Schleier von Radbod vollends geliftet wird.

Die politische Organisation der Arbeitgeber.

Seit Jahresfrist arbeiten die Drahtzieher der Unternehmer offen und im geheimen an einem Werk, das nichts mehr und nichts weniger bezweckt, als die vollständige Eroberung der politischen Macht und damit die Rechtslosmachung der gesamten Arbeiterschaft.

Die sozialpolitischen Maßnahmen des Reichstages und der Regierung haben es den Unternehmern angetan, die den Arbeitern bewilligten Rechte in bezug auf die Wahlen, die Freizügigkeit, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze sind ihnen ein Dorn im Auge. Man möchte alle diese Dinge am liebsten beseitigt wissen, die aufstrebende Arbeiterklasse soll zu Heloten, zu Sklaven gemacht werden, mit denen das Unternehmertum nach Willkür schalten und walten kann.

Nach der Artikelserie, die kürzlich von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ über die Frage der politischen Organisation der Unternehmer veröffentlicht worden ist, lassen sich diese schwarzen Pläne inschwer herauslesen.

Anfänglich war beabsichtigt, eine reine Arbeitgeberpartei zu gründen, und der jattsam bekannte Generalsekretär der Saarindustrie und Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken, Dr. Alexander Tille, hat für eine solche Partei mächtig Stimmung gemacht. Der erste Vorstoß zur Gründung einer Arbeitgeberpartei ging von Mitgliedern des Metallindustriellenverbandes aus. Kommerzienrat Mentl (Köln), der stellvertretende Vorsitzende dieses Verbandes, brachte die Angelegenheit erstmals im März 1908 in einer Ausschußsitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Sprache. Herr Mentl hat aber bald erkannt, daß eine reine Arbeitgeberpartei eine Utopie ist, die nie verwirklicht werden kann. Er verstand daher kurze Zeit nach seinem Vortrag an die Ausschußmitglieder ein Schreiben mit der Mitteilung, daß die geplante Organisation der gewerblichen Arbeitgeber nicht auf die Bildung einer neuen politischen Partei abzielt. Später erklärte er in der „Arbeitgeberzeitung“, daß er von vornherein von der Schaffung einer reinen Arbeitgeberpartei Abstand genommen habe, weil andere Berufsstände, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiter, auch noch keine politischen Parteien gebildet haben.

Über der Gedanke eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ zum Zweck der Sicherung einer entsprechenden Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften und behufs Gewinnung von Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung wurde eifrig weiter erwogen und bei Groß- und Kleingewerbetreibenden wurde hierfür Stimmung gemacht.

Mit der Devise: „Schutz den Arbeitgebern“ und dem Schlagwort von der angeblich politischen Einfluslosigkeit des Unternehmertums zog man ins Feld, um den Plan seiner Verwirklichung entgegenzuführen. In wie weit die Saat der Mentl, Tille und Konjunkten schon Früchte getragen hat, läßt sich heute auch nicht annähernd sagen, sicher ist, daß der Plan weiten Beifall in den Kreisen der Schachtmacher gefunden hat.

Zur Sache bemerkt die „Arbeitgeber-Zeitung“ in der bereits erwähnten Artikelserie,

„daß das Unternehmertum in beispielloser Weise von der Regierung und den Reichsparteien mißachtet worden sei, daß diese verlebende Nichtachtung das Unsehen des Unternehmertums in der öffentlichen Meinung herabrückt und die gewerblichen Interessen der Unternehmer sowie in weiterer Folge auch die nationale Gesamtheit empfindlich schädigt.“

Als Beweis für diese Behauptung wird der Verlauf der Einbringung und Beratung des Arbeitskammergesetzes ins Feld geführt. Das Blatt orakelt hierüber folgendermaßen:

Hunderter von Unternehmervereinigungen, die maßgebenden Zentralinstanzen von Handel, Industrie und Gewerbe voran, protestierten einmütig gegen die Annahme des Regierungsentwurfs. Der Reichstag aber geht über diesen Protest zur Tagesordnung über, ohne sich auch nur der Mühe einer Nachprüfung zu unterziehen und entscheldet sich mit überwältigender Majorität grundsätzlich zugunsten der Vorlage! Geißt es zuviel behaupten, wenn man dieses geschehenliche Uebergehen der Gegenmeinung des Unternehmertums für durchaus geeignet zur Verbreitung der Annahme erklärt, daß die gesetzgebenden Körperschaften den Wünschen des Unternehmertums nur darum feinerlei Beachtung zuteil werden lassen, weil ihnen von vornherein jede sachliche Berechtigung abzuspochen ist?“

Schrecklich, fürwahr, daß die Unternehmer in dieser Frage gar nicht gehört worden sind. Das ist aber nicht alles. Der Monolog der „Arbeitgeber-Zeitung“ geht noch weiter mit folgenden schönen Sätzen:

„Aber das Arbeitskammergesetz war nur eins von den vielen Kapiteln, in denen mit Fraktur die gleiche nichtachtende Behandlung der Arbeiter zum Ausdruck gebracht wurde. Ebenso stand es in der Tat noch jedesmal, wenn der Reichstag über sozialpolitische Angelegenheiten zu beraten hatte; so, um nur einige besondere markante Vorfälle der letzten Zeit zu rekapitulieren, gelegentlich der Verhandlungen über die Gewerbegezetznovelle, über die Einführung

von Weiterkontrollen, über den Tarifzwang bei der Erteilung staatlicher Aufträge.

Man dürfte es sich obendrein ereignen, daß binnen absehbarer Zeit dieser Reigen sozialpolitischer Experimente, die man zwar auf Kosten, andererseits aber ohne jede Befragung des Unternehmertums unternimmt, noch insofern eine wesentliche Ergänzung erhält, als sich aus der Einführung der Arbeitskammern nach Maßgabe der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfes unbedingt eine Anzahl weiterer Anlässe zu gesetzgeberischer Betätigung des Reichsparlamentes auf sozialpolitischem Gebiet herausbilden müssen. Kann man es den Arbeitgebern angesehen dessen wirklich zuzunehmen, daß sie nach wie vor, trotz aller Enttäuschungen, ihr Vertrauen darauf setzen, daß die Reichstagsparteien ihrer Interessen sich schon zur Genüge annehmen werden? Ist es nicht vielmehr ihr gutes Recht, ja ihre patriotische Pflicht, sich endlich zu selbständigem Handeln anzurufen und in aller Öffentlichkeit darzutun, daß sie es mühe sind, noch länger zum Spielball parteipolitischer Spekulationen zu dienen?“

Kann eine Sache auch noch demagogischer hingestellt werden, als es hier durch die „Arbeitgeber-Zeitung“ geschieht?

Zunächst ist die Verbindung des Unternehmerinteresses mit den nationalen Gesamtinteressen eine bewußte Fälschung der öffentlichen Meinung. Ein Klassenstaat, wie ihn Deutschland darstellt, kennt überhaupt kein nationales Gesamtinteresse, sondern nur einander direkt entgegengesetzte Klasseninteressen und den Unternehmern fällt es nicht in erster Linie ein, diese Gegensätze auszugleichen. Man will lediglich eine wirksame Wahrnehmung der besonderen kapitalistischen Unternehmerinteressen und beachtet dazu das Schlagwort von den nationalen Interessen.

Wie steht dem aber eigentlich die Nichtachtung der Unternehmer durch Reichstag und Regierung an. Zunächst einmal sitzen im Reichstag eine ganze Anzahl von Fabrikanten, Direktoren oder sonstigen Vertretern von industriellen Unternehmungen, die sicher nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln, dann aber ist doch Tatsache, daß sich fast alle bürgerlichen Parteien als Unternehmerparteien betrachten und betätigen und Stützen des kapitalistischen Klassenstaats sind, der mit anderen Worten ein Unternehmerstaat ist.

Dementsprechend sind alle Gesetze und Einrichtungen dem Unternehmerinteresse angepaßt, die Zoll- und Handelspolitik wie die Steuerpolitik, die Gewerbeordnung wie das neue Vereinsgesetz, die Justiz, die Polizei, das Militär usw.; dem Interesse des Unternehmertums dient auch die soziale Gesetzgebung, über deren Lasten so viel geklagt und „geschwänzelt“ wird.

Schließlich aber sind die organisierten Unternehmer von jeher diejenigen gewesen, die ihre Wünsche und Forderungen unter allen Umständen durchsetzen, oder aber wenigstens wirkliche sozialpolitische Forderungen nicht zur Durchführung kommen lassen. Wenn hat denn der verstorbene Minister von Bötticher erklärt: Wir arbeiten ja nur für sie! In wessen Sinn und Wunsch sind die Puttkamerischen Streikerlasse, ist das Sozialistengesetz entstanden?

Wer hat eine ganze Reihe Minister gestürzt, weil sie sich nicht willfährig genug zeigten?

Es scheint, daß dem Gedächtnis der Unternehmer etwas aufgehoben werden muß. Im Jahre 1896 mußte der Handelsminister Berlepsch fliehen, weil er den Eingaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur Gewerbeordnung und zum Gewerbegerichtsgeze kein Gehör schenkte. Berfeld, der Nachfolger Berlepschs, war anfangs der Mann der Zentralverbände, machte sich aber bald mißlieblich und mußte Bötticher weichen. Doch auch dieser mußte die Ministerwohnung bald wieder räumen, weil er nach Ansicht der Herren Stumm, Bueck und Genossen die Interessen der Unternehmer gleichfalls nicht energisch genug vertret.

In seine Stelle trat Posadowski, der recht war, solange sich seine Anschauungen mit denen von Herrn Bueck deckten. Je mehr als der ehemalige Vertreter der Agrarier und Schachtmacher den Wert der Sozialpolitik erkannte und seine Meinung offen aussprach, um so größer wurde der Miß zwischen Zentralverband und ihm, und schließlich brachten es die Unternehmer fertig, auch diesen Mißliebigen aus dem Wege zu räumen.

Und wie steht es heute mit dem Minister Bethmann-Hollweg? Können die Unternehmer mit gutem Gewissen sagen, daß er ihren Interessen zuwiderhandelt? Gewiß nicht, denn er ist ein Herz und eine Seele mit ihnen; geht zum christlichen Arbeiterkongress und predigt Fleiß, Gottesfurcht, Mäßigkeit, Zufriedenheit; hütet sich aber, in den Zusammenkünften mit dem Zentralverband daselbst zu tun, sondern preißt die gegenwärtige Wirksamkeit des Zentralverbandes, die doch so oft Ursache zur Unzufriedenheit bei den Arbeitern gewesen ist.

Es kann nicht bestritten werden, daß das Kapital überall herrscht und seinen Einfluß ausübt, sei es nun im Reichstag oder im Bundesrat oder bei den Regierungsbehörden.

Es ist eine unglaubliche . . . Kühnheit, um keinen andern Ausdruck zu gebrauchen, wenn behauptet wird, daß das deutsche Unternehmertum politisch einflußlos sei und nicht beachtet werde.

Mit wie viel mehr Berechtigung kann diese Behauptung von der Arbeiterklasse aufgestellt werden! Die politische Stellung und erst recht der politische Einfluß der Arbeiter ist viel, sehr viel geringer, als der der Unternehmer. In einer Reihe von Staaten ist ihnen durch ein vorfindliches Wahlrecht überhaupt keine Vertretung gesichert. Die sozialdemokratische Partei, als numerisch stärkste Partei hat im Reichstag nur 13 Sitze und das Wahlrecht der Massen ist in vielen Wahlkreisen zu ungünstigen der Arbeiter verschoben durch die in sehr ungleichem Tempo erfolgte Bevölkerungszunahme. Und wie sieht es denn mit dem Einfluß der Arbeiter auf die Sozialpolitik aus. In den Berufsvereinigungen haben sie überhaupt nichts zu sagen, die Vereins- und Versammlungs-freiheit wird ihnen nach Möglichkeit beschnitten, auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes sind sie auf die Gnade der Unternehmer angewiesen, wo es immer nur angeht, werden ihnen Steine in den Weg gelegt, die ihnen das Dasein verbittern und erschweren und alle wirklichen Fortschritte heimmachen.

Aber da hilft alles nichts, die Unternehmer sind nun einmal unzufrieden und der Gedanke der Erringung der politischen Macht ist auch zu schön, um nicht durchgeführt zu werden.

Die Gesetzgebungsmaschine fördert bis jetzt immerhin noch die und da für die Arbeiter etwas zutage und das muß aufhören.

Der Brüllstein der Unternehmer gegenüber den Kandidaten bei kommenden Wahlen wird also nur noch der sein, ob sie für Arbeiterforderungen an die Gesetzgebung eintreten oder für Unternehmerr-

forderungen, welche letztere aber nicht anderes sind als Forderungen auf Ausbeutung und Erleichterung, nach Entziehung der Arbeiter im Berufsleben, nach vollständigem sozialpolitischem Stillstand und brutaler Reaktion, neuen Verfolgungen und Unterdrückungen der Arbeiter auf allen Gebieten.

Wer nicht mit uns ist, möge sich von anderen Seiten in die Parlamente wählen lassen" sagt Herr Mehl vom Zentralverband der Industriellen. Diese Worte müssen auch die Arbeiter befolgen, sie müssen aber ferner doppelte und dreifache Anstrengungen machen, um die Organisationskraft zu heben. Dann werden sie die auf ihre Verflüchtigung gerichteten Pläne der Unternehmer vereiteln können.

Die Kassenverhältnisse des Allg. Knappschaftsvereins zu Bochum vom Jahre 1904-1908.

Das Gesamtvermögen des Bochumer Knappschaftsvereins ist im Jahre 1908 um 24 774 105,74 M. von 105 905 752,67 M. am 31. Dezember 1907 auf 130 776 640,21 M. am 31. Dezember 1908 gestiegen. Beim Kampf um die Knappschaftsreform wurde weitausgehendst immer behauptet, die Forderungen der Arbeiter seien unerfüllbar, sie müßten den Mut der Kasse herbeiführen. Wägen wir, wie durch die jetzt vorliegende Vermögensübersicht des Bochumer Knappschaftsvereins, können diese Behauptungen gar nicht widerlegt werden. Das Vermögen des Vereins ist besonders in den letzten fünf Jahren stetig angewachsen.

Table with 2 columns: Year (1904-1908) and Amount (M.). Shows increasing values over time.

Das Vermögen des Bochumer Knappschaftsvereins ist also in den letzten 5 Jahren von 1904-1908 um 53 187 133,31 M. oder 68,5 Prozent gestiegen. Im Einzelnen gestalteten sich die Verhältnisse folgendermaßen:

Table for A. Krankenkasse. Columns: Year (1904-1908), Einnahmen, Ausgaben, Überschuß.

Table for B. Pensionkasse. Columns: Year (1904-1908), Einnahmen, Ausgaben, Überschuß.

Table for C. Invaliditäts- und Alterskasse. Columns: Year (1904-1908), Einnahmen, Ausgaben, Überschuß.

Table showing the breakdown of expenses for the Invalidity and Old-Age Insurance, categorized by medical services and salaries.

Table showing the breakdown of administrative expenses, categorized by salaries of officials, office costs, and other administrative items.

um die gewaltige Summe von 24 774 105,74 M. gesteigert. Es beträgt das Vermögen:

Table showing assets: Der Krankenkasse (3 810 007,38 M.), Der Pensionkasse (80 989 420,83 M.), Der Invalidenversicherungskasse (45 078 122,00 M.), Summa (130 776 640,21 M.).

Statt für das Wohl der Mitglieder zu sorgen, häuften der Knappschaftsvereine wie Figuren auf, ein riesiges Vermögen zusammen. Soll das etwa die Aufgabe der Knappschaftskasse sein? Es scheint wirklich so, als wenn die Knappschaftskasse ihre Hauptaufgabe darin erblickt, ungeheure Kapitalien anzuhäufen, auf der anderen Seite aber die Rechte der Mitglieder immer mehr zu schmälern.

Die Vermögensübersicht zeigt uns aber jetzt, daß dieser Einwand völlig hinfällig ist, und daß die Verbandsämter durchaus im Recht waren, als sie am Rindergeld festhielten und betonten, daß die Kasse das sehr gut tragen könne. Wie sind die Verbandsämter, welche von den Unternehmern und ihrer Presse verhöhrt und beschimpft worden? Ja, die Knappschaftskasse hat sich nicht geschont Flüchtigkeiten an den Bechern verteilen zu lassen, wozu die Mitglieder gegen die Verbandsämter aufgebracht wurden. Vergessener Hilgenstock behauptete sogar in seinen Artikeln im "Wald" über Tarifverträge im Bergbau die ablehnende Haltung der Verbandsämter gegenüber den arbeitserfreundlichen Vätern der Werksbetriebe in der Knappschaftsreformfrage habe gezeigt, daß die Arbeiter überhaupt nicht verhandlungsfähig seien und daher könnte mit ihnen auch kein Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Wo soll das aber hinaus, wenn die Knappschaftskasse, statt die Bezüge der Mitglieder anzubessern, in Zukunft jährlich 25 und mehr Millionen Mark Ueberfluß macht? Statt den Arbeitern entgegenzukommen, sinnen man nur nach neuen Maßnahmen, um sie weiter entzweit zu können. Das hat besonders die Verschlechterung des Wahlrechts gezeigt, wodurch es den Werksbetriebern jederzeit ermöglicht wird, eine ihnen unbenachteiligte Opposition zu besetzen. Das aber mögen sich die Werksbetrieber gesagt sein lassen, daß die Verbandsämter alles tun werden, um ihre schwarzen Pläne zu durchkreuzen. Das ungeheure Unrecht, das man den Bergarbeitern angetan, wird und muß diese aufpeitschen. Auch den Rückständigsten muß es durch solch schreiendes Unrecht zum Bewußtsein kommen, daß nur durch Einigkeit und die Macht der Organisation gründliche Knappschaftsreformen herbeizuführen sind.

Der Jahresbericht des Hauptknappschaftsvereins zu Clausthal im Jahre 1908.

Wir veröffentlichen den Jahresbericht vollständig, um das nachzuholen, was der Knappschaftsverein unterläßt, das heißt, um denselben den Mitgliedern des Clausthaler Knappschaftsvereins zugänglich zu machen. In früheren Jahren erhielten wenigstens alle Knappschaftsämter des Vereins einen Auszug aus dem Jahresbericht, für fernherhin geschieht dies nur noch an die Generalversammlungsmitglieder, das heißt, an die siebenmal ausgesetzten Abgeordneten des Vereins. Die letzte Generalversammlung hat im § 61 Ziffer 7 der Satzung diesen Zustand festgelegt und damit dem Verein noch mehr als bisher die Signatur aufgedrückt: die Mitglieder haben zu zahlen, im übrigen das Maul zu halten. Wie ihre schwer verdienten Beiträge verwaltet werden, brauchen die Mitglieder nicht zu wissen.

Table for A. Aus dem Vorjahre. Columns: Bestand vom Vorjahre (179 553,31 M.), Rechnungsdefizite (2,20 M.), Resteinnahmen aus den Vorjahren (882,50 M.), Summa (180 445,01 M.).

Table for B. Aus dem laufenden Etat. Sub-section a) etatsmäßige Einnahmen: Kapitalzinsen (168 009,52 M.), Besondere Einnahmen (452,00 M.), Beiträge von 16 484 aktiven Mitgliedern (1 108 322,95 M.), Beiträge von 16 484 inaktiven Mitgliedern (1 806,00 M.), Beitragsnachzahlungen (993,65 M.), Werksbetriebsbeiträge (1 107 701,45 M.), Beitragsnachzahlungen (993,65 M.), Zuschüsse aus anderen Kassen (10 515,91 M.), Sonstige Einnahmen (17 068,20 M.), Summa (2 410 863,33 M.).

Table for b) außer dem Etat. Columns: Zurückhaltene Kapitalien und Vorschüsse (36 869,92 M.), Durchlaufende Posten (278 206,32 M.), Pensionen, welche von der knappschaftlichen Rückversicherungsanstalt a. G. zu Charlottenburg in Rückdeckung gegeben werden (54 987,35 M.), Summa (360 833,59 M.).

Table for C. Summa aller Einnahmen. Columns: Aus den Vorjahren (180 445,01 M.), Etatsmäßige Einnahmen (2 410 863,33 M.), Außeretatmäßige Einnahmen (360 833,59 M.), Insgesamt (2 951 141,93 M.).

Table for D. Ausgabe. Sub-section A. Aus den Vorjahren: Rechnungsvergütung (-40 M.), Liquid Restausgaben aus den Vorjahren (56,16 M.), Summa (16,16 M.).

Table for Sub-section B. Aus dem laufenden Jahre: a) Etatsmäßige: Pensionen an 2213 Invaliden (507 264,05 M.), an 2915 Witwen (289 967,43 M.), an 1904 Waisen (44 312,05 M.), Magazinszuschuß für vom ehemaligen Clausthaler Verein eingekaufte Unterhaltungsempfänger (7 596,52 M.), Verbindung an Witwen b. Wiedererwerbsfähigkeit (2 664,00 M.), Begräbnisbeihilfe für Invaliden (8 098,77 M.), Gehälter und Löhne der Beamten ufm. (33 207,05 M.), Bürkosten (10 977,59 M.), für Gebäude (630,28 M.), Sonstige Verwaltungskosten (10 537,53 M.), Sonstige Ausgaben (7 440,01 M.), Summa (922 695,29 M.).

Table for Sub-section b. Außer dem Etat. Columns: Ausgeliehene Kapitalien und Vorschüsse (541 625,00 M.), Zurückgezahlte Vorschüsse und Deposita (60,00 M.), Durchlaufende Posten (278 531,12 M.), Beiträge an die Rückversicherungsanstalt (338 025,60 M.), Summa (1 758 241,72 M.).

Table for Summa aller Ausgaben. Columns: Aus Vorjahren (56,56 M.), Etatsmäßige Ausgaben (922 695,29 M.), Außeretatmäßige Ausgaben (1 758 241,72 M.), Insgesamt (2 680 993,57 M.).

Die Gesamt-Einnahme beträgt 2 951 141,93 M., die Gesamt-Ausgabe beträgt 2 680 993,57 M., bleibt am Schlusse 1908 Bestand 280 148,36 M.

Table for A. Aktiva. Columns: Barer Kassenbestand (280 148,36 M.), Einnehmerückstände (5 495,00 M.), Wertpapiere zum Nennwert (3 561 000,00 M.), Ausstehende Kapitalien (1 902 501,00 M.), Deckungskapital bei der Invalidenversicherungskasse (808 678,25 M.), Wert der Immobilien und Mobilien (88 000,00 M.), Summa Aktiva (6 078 821,51 M.).

Ausgabenrückstände 456,82 M., bleibt Vermögen am Schlusse 1908 6 078 865,10 M., gegen am Schlusse 1907 4 537 410,27 M., mithin hat sich das Vermögen vermehrt um 1 540 954,82 M.

Wir wollen für heute von einer eingehenden Würdigung dieses Berichtes absehen, wir werden nach dem Erscheinen der amtlichen Statistik, wozu auch die Ergebnisse der Krankenkassen enthalten sind, dieses eingehender tun. Für heute mögen nur einige Hinweise genügen.

Infolge der enormen Erhöhung der Beiträge am 1. Januar 1908, stiegen dieselben pro Mitglied von 104,41 M. im Jahre 1907 auf 184,43 M. im Jahre 1908. Die Einnahme pro Mitglied stieg von 118,82 M. auf 179,63 M. Trotz dieser enormen Belastung der Mitglieder wurden 1908 noch elendere Renten gezahlt als früher. Es betrug die

Table comparing 1907 and 1908: Invalidenrente (282 M. vs 220 M.), Witwenrente (108 M. vs 90 M.), Waisenrente (84 M. vs 83 M.).

In uns steigt wirklich die Frage auf, ob man sich nicht schämen, einem Invaliden, der Millionen und Übermillionen Werte geschaffen hat, der einen ganzen Monatslohn für seinen Jahresbeitrag hingeben muß, eine monatliche Rente von 10 Mark anzubieten. Eine Witwe zahlt man monatlich die horrenden Summe von 8 M. und für eine Waise gar nur 2,93 M. monatlich. Viele Grubenbesitzer brauchen gewiß für Hundestutter im Monat einen höheren Betrag, als man hier der Witwe bzw. einem Waisenkinde gibt. Und diese Zimmerenten werden gezahlt, obwohl der Clausthaler Knappschaftsverein finanziell erheblich besser dasteht, als andere Vereine im gleichen Verhältnis mit niedrigeren Beiträgen und höheren Leistungen. Das Vermögen stieg von 4 537 410 M. auf 6 078 865 M., also in einem einzigen Jahre um 1 540 954 M. Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1907 1 921 010 M., 1908 2 961 141 M., also ein Mehr von 1 040 131 M. Weit mehr als diese Mehreinnahme ist im Jahre 1908 als Ueberfluß erzielt worden. Und trotzdem hat dieser Verein den alten Invaliden, die vor dem 1. Januar 1908 Invaliden geworden sind, die Reichsinvalidenrente vorenthalten. Im Jahre 1908 sind es 21 673 M., die von der Norddeutschen Knappschaftspensionkasse, an den Clausthaler Knappschaftsverein bezahlt, von diesem aber an die Invaliden nicht ausgezahlt worden sind. Die alten Invaliden zahlten Jahresbeiträge hindurch Beiträge zur Invalidenversicherung, die Renten werden ihnen aber von der Knappschaftskasse vorenthalten. Würde irgend eine Privatversicherung derart verfahren, der Staatsanwalt würde dagegen einschreiten, hier aber geschieht die Schädigung an den alten Invaliden leider auf Grund gesetzlicher Bestimmungen. Man hat den Arbeitervertretern seitens der Kasse vor, daß die Auszahlung der Reichsinvalidenrente an die alten Invaliden die Mitglieder mit 900 000 M. an Beiträgen belasten würde. Das ist nichts anderes als den Arbeitervertretern Sand in die Augen gestreut. Der gewaltige Ueberfluß von 1 540 954 M. zeigt, daß man die 21 673 M. ohne jede weitere Belastung der Mitglieder ganz gut an die Invaliden auszahlen kann. Man vergißt auch zu sagen, daß sich die Belastung der Knappschaftskasse um diese 900 000 M. auf zehnte Jahre verteilt, denn die durchschnittliche Lebenszeit der Rente betrug im Jahre 1907 nur 7 1/2 Jahre, so daß zehn Jahre angenommen, sehr hoch gerechnet ist. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Reichsinvalidenrente ganz gut ausgezahlt werden kann. Weitere Kritik wollen wir uns heute sparen, da wir nach Erscheinen der amtlichen Statistik noch einmal darauf zurückkommen. Für heute sagen wir den Invaliden, wehrt euch zur Erlangung eines durch schwere Beiträge erworbenen, euch aber vorenthaltenen Rechts. Ihr Abgeordneten zur Generalversammlung, wenn ihr noch Gefühl für Recht habt, dann tut eure Pflicht als Arbeitervertreter, unterstützt die Anträge der Invaliden auf Auszahlung der Reichsrente mit eurer Unterschrift und kämpft auf der nächsten Generalversammlung geschloffen gegen dieses Unrecht.

12. Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter.

Mit der 12. Generalversammlung des christlichen Gewerkschaftsvereins, die in Saarbrücken stattfand, liegt eine bedauerliche Bergarbeitererregung hinter uns. Bedauerlich deshalb, weil an ihr die Arbeiterseite die größte Freude haben dürften. Stand doch der Kongress unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Bergarbeiterverband und mit ihm des Kampfes christlich-nationaler Bergarbeiter gegen die Bergarbeiter anderer Nationen.

Worte, wie wir sie auf der letzten Verhandlung in Eisenach hörten, hörten das Ohr in Saarbrücken nicht. In Eisenach war strenge Zurückweisung der Angriffe auf den Bergarbeiterverband dann aber brach sich das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Bergarbeiter durch. Das Verlangen, es möge der Kampf gegen die Arbeiterbedrückter die Bergarbeiter wie ein Mann zusammenschließen, beherrschte in der mitteldeutschen Stadt die Verhandlungsführung wie die Delegierten. In Saarbrücken farbte sich die Verhältnisse aber langsam ab. Die Gegner der Arbeiterbewegung einen schweren Schlag durch die 12. Generalversammlung des christlichen Gewerkschaftsvereins erhielt, das ist eine vollendete Tatsache. Darüber uns zu täuschen, wäre selbst ein Verbrechen an der Bergarbeitererschaft. Schon die Festversammlung am Sonntag, den 27. Juni, die der Generalversammlung vorausging, brachte Klarheit, wie die Dinge stehen.

Mit klingender Musik zogen mehrere hundert Bergarbeiter am 27. Juni in den städtischen Saalbau in Saarbrücken ein. Der Saal war bereitwillig dem Gewerkschaftsverein zur Verfügung gestellt worden. Die Bergkapelle hatte der Saalbesitzer gestellt. Das Festprogramm und die Heden waren sorgfältig pointiert. Man sang patriotische Lieder, sprach viel vom Vaterland, vom Kaiser und Reich, von blutgetränkten Feldern. Und man sprach davon, daß, wenn sich die blutigen Tage von Epiphany wiederholen würden, die christlichen Gewerkschaftsmitglieder ihren Mann stellen werden. Und der die Bergarbeitervereinsfestrede sprach, war Johann Gierl, der jetzige Bezirksleiter des Gewerkschaftsvereins in Saarbrücken. Wir konnten

Effert nicht mehr und doch weit er erst seit wenigen Wochen in seinem neuen Arbeitsgebiet. Aber man muß ihm nachgeben, er hat die Situation im Saargebiet gut kapiert. Der Bergfiskus in Saarabien wird ihm darum noch gerne verzeihen, wenn er in seiner Begrüßungsrede vom Erstarken des Gewerkschafts sprach, von Schlächten, die der Gewerkschaft für die Interessen der Bergarbeiter in Saarabien geschlagen haben will. Das ist nicht so ganz ernst zu nehmen. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter hat im Saarrevier innerhalb Jahresfrist 7000 Mitglieder verloren. Und die Schlächten, die man schlug, waren Ketteisen- und Berggewerbetage, die man schlug, ohne nennenswerten Gegnern gegenüber zu stehen. Am allerwenigsten waren diese Schlächten für den Bergfiskus anregend. Im Gegenteil, der Bergfiskus kam her, ließ die gewählten Ketteisen im trauten Verein mit künftigen Beamten im offiziellen Organ des Bergfiskus im „Bergmanns-Freund“ im Bilde wiedergeben. Wir haben dieses Bild oft genug bewundert.

Nach Efferts Rede sang man stehend die Nationalhymne. Nicht lange dauerte es und nach Effert folgte der Festredner Stegerwald, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Diese Rede war ein Bekenntnis und eine Programmrede zugleich. Stegerwald legte dar, wie sich der Kapitalismus in Deutschland entwickelt hat und betonte, wie auch die Arbeiter von dieser Entwicklung profitiert haben. Leider sei der Anteil der Arbeiter an dem Fortschritt noch zu gering, so daß ein gerechter Ausgleich geschaffen werden müsse, da die Differenz zwischen Kapital und Arbeit heute eine zu große sei. Die Frage, wie dieser Ausgleich geschaffen werden solle, ist die soziale Frage. Dieser Ausgleich könne nicht auf dem Boden des Klassenkampfes geschaffen werden und nicht durch die Bestrebungen, die auf die Ausrottung des Christentums hinführen. Im Gegenteil, man erbe, wie durch die Sozialdemokratie, die den Klassenkampf propagieren, die Unternehmer zusammengezwungen werden. Die Sozialdemokratie stehe hindernd auch einer vernünftigen Sozialpolitik im Wege! Wie überhaupt einer ferneren Ausgestaltung unserer Gesetzgebung! Mit dem Programm der Sozialdemokratie käme man nicht vorwärts! Der Staat, die Kirchengemeinschaften und die Arbeiter sollen den Ausgleich schaffen und so die soziale Frage lösen. Der Staat solle den Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung ausbauen, den Heimarbeitern helfen, Schülfern und Geschworenen aus den Reihen der Arbeiter wählen lassen. Inzwischen sollten die Arbeiter sich Eingang in die bürgerlichen Parteien verschaffen und diese für die Forderungen der Arbeiter zugänglich machen. Die christlichen Arbeiter bekämpfen nicht nur den Klassenkampf von unten her, sondern auch das Herrenmenschtum von oben. Und diese Herrenmenschen müssen erogen werden. Und hier haben die Kirchengemeinschaften einzugreifen mit ihrer Erziehung! Die Arbeiterklasse wird indessen auf dem Boden der Selbsthilfe mithelfen an dem Ausgleich der Klassen. Das geschieht schon durch ihre gewerkschaftliche Tätigkeit, ihre gewerkschaftlichen Unternehmungen. Ein einzig Volk von Brüdern müssen die Arbeiter werden, denn die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sind alle gleich, gleichgültig, wie sie über Politik und Religion denken! Die Sozialdemokratie habe die Arbeiterklasse zerstückelt, habe unerfüllbare Forderungen gestellt! Da sei es eine Notwendigkeit gewesen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung entstand. Aber damit müsse es ein Ende sein. Jeder weiteren Zersplitterung der Arbeiterklasse müsse wirksam entgegengetreten werden! Die christliche Arbeiterbewegung habe sich mächtig entwickelt. Rund 300.000 christliche nationale Arbeiter stehen in christlichen Gewerkschaften zusammen; eine Anzahl Arbeiter stehen in den Parlamenten als Abgeordnete. Es sei der Wunsch der Christenbewegung gewesen, den Anfang mit den christlich-nationalen Gewerkschaften gemacht zu haben. Diejenigen, die die christlichen Arbeiter als die Dummen bezeichnet hätten, seien heute die Geduldschnecken. Nebenher schließt mit einem Appell an die Einigkeit der Arbeiter, unter großem Beifall der Versammlung.

Wie konnte es auch anders sein. Die Arbeiter, die auf Stegerwald hörten, haben sicherlich noch nicht die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung studiert. Sie nahmen das als wahr hin, was belehene Arbeiter und Kenner der deutschen Arbeiterbewegung mit Lächeln aufgenommen hätten. Stegerwald ist Holzarbeiter, liegt sein Gewerkschaftsorgan, das über die Sozialdemokratie wie über die freien Gewerkschaften oft genug die umgekehrten Urteile fällt, wie sie Stegerwald in Saarbrücken zum besten gab. Wir haben in der christlichen „Holzarbeiterzeitung“ gelesen von dem harten Ringen und Kämpfen der Sozialisten um die Ideale der Arbeiterklasse schon zu einer Zeit, als die christlichen Arbeiterführer nicht ihre ersten Stößen angezogen hatten. Wir wissen, wie hunderte und aberhunderte bedeutende gebildeter Männer und Wissenschaftler über die sozialistische Arbeiterbewegung gedacht haben und noch denken. Für Stegerwald ist diese sozialistische Arbeiterbewegung, die auf allen Gebieten glänzender geleistet hat, Luft; eine Gefahr für die Arbeiterklasse! Die sozialistische Arbeiterbewegung sei der Schwermacher des Scharfmachertums, hätte das Wahlrecht in Preußen verhindert! Unfug und Oberflächlichkeit zugleich war diese Programmrede. Nicht der geringsten Kritik in öffentlicher Versammlung oder sonstwie hält diese „Festrede“ stand. Und Stegerwald ist in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung noch einer der sog. Befähigten.

Nach Stegerwald wurden die Arbeiterabgeordneten Behrens und Zumbusch dem Publikum vorgestellt. Behrens glaubte die Anführer Stegerwalds vertiefen zu müssen, als er ausführte, daß die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Eingliederung der Arbeiter in die bürgerlichen Parteien vor sich gehen könne. Es war alles, daß er die antisemitische Partei nicht ganz besonders empfahl. Dann legte er dar, wie die Arbeiterabgeordneten sich den größten Mühen unterziehen, um Gesprießliches für die Arbeiter zu erzielen. Dann sprach Zumbusch, der mit großer Entrüstung in den Saal schrie, daß er die anwesenden Vertreter des Bergarbeiterverbandes nur mit Herren anreden wolle. **Die Rede Kameraden müße er den Herren verjagen, weil sie auf den Ehrennamen Kamerad keinen Anspruch mehr hätten.** Die Herren und Genossen gingen mit den Scharfmachern Hand in Hand. Und was die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibe, seien nichts als Lügen! Das schlechte Vergessen in Preußen sei auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie zu setzen, denn diese treibe mit den Besessenen Mißbrauch! Die Arbeiterabgeordneten müßten wieder gut machen, was die Sozialdemokraten verderben hätten. So plätscherten die Wasser Zumbuschs in einem fort. Eine Rede, die uns gegenüber von christlichen Delegierten als ein Skandal bezeichnet wurde. In Eigenach wurde den Delegierten gesagt, daß die Zeit kommen wird, wo trotz aller Trennungsversuche die Bergarbeiter wieder zusammenstehen werden in treuer Kameradschaftlichkeit. Wer den Zumbusch hörte, könnte daran zweifeln. Der Mann ist eine Zierde eines „hohen Hauses“ in Berlin und eine Zierde d. Gladbacher Erziehung, sein Bruder, der Redakteur am „Bergmanns-Freund“, nicht minder. Als Pokorny den Saal verließ, räumte ihm der Redakteur Zumbusch ins Ohr: „Du bist wohl schon so schlecht und verdorben, daß jede Besserung ausgeschlossen ist.“ Pokorny antwortete dem Mann nicht, weil dessen Absicht unverkennbar war. Für unsere Kameraden dürften die Gebrüder Zumbusch nur noch ein pathologisches Interesse haben. Und ginge es nach einer Anzahl christlicher Gewerkschafts-Delegierter, die Zumbusch und einige ihrer Genossen müßten zur selben Tür hinaus, wo einmal August Brunt den Weg aus dem Gewerkschaftsverein heraus fand. Und doch ist August Brunt im Vergleich zu den Zumbuschs ein Ehrenmann.

Die „Festversammlung“ ließ schon erkennen, wie sich die Hauptverhandlungen gestalten würden. Ein Drittel der Debatte der

Generalversammlung bestand aus wässrigen Beschimpfungen des Verbandes und dessen anwesenden Vertreter. Der Landtagsabgeordnete Zumbusch nannte Pokorny einen Lumpen! Dieser solle nachweisen, wo die Arbeiterabgeordneten in der Frage der Bergarbeitergesetzgebung Schacher getrieben hätten. Der alte Fahrenbruch nannte die Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ „Festartikel“. Pokorny habe gewußt, daß es sich bei der falschen Umbenennung des Gewerkschafts nur um einen „Lapsus“ gehandelt hätte. Und doch habe er seine Feder in seine schmutzige Hand genommen und wider besseres Wissen die Unwahrheit geschrieben! Behrens nannte die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ verfluchen, niederrichtig, hochstuf usw. Und der alte Kötter kam am Schlusse der Generalversammlung her und griff Pokornys in schwer beleidigender Weise an. Pokornys hätte einen erlogenen Bericht über die Generalversammlung gebracht. Viele Delegierte schrien pfui und heraus. Und dann erst stellte Pokornys fest, daß im angezogenen Bericht über die Generalversammlung die Sätze, die Kötter angeführt, gar nicht enthalten wären und daß dieser, sein Artikel, überhaupt nichts mit der Berichterstattung zu tun hätte und das, was der Artikel besage, auf Wahrheit beruhe, was er jederzeit beweisen könne! Die Generalversammlung war baff, aber Kötter fand keine Worte der Entschuldigung. Griff Pokornys nicht ein, dann wurde die Generalversammlung geschlossen mit einer schweren Rüge auf des Vorsitzenden Lippen. Doch da dieser selbst sich nicht entschuldigte, ist das auch so geschehen.

Nur und gut, die Generalversammlung stellte sich den Vorwürfen in letzter Zeit, der gehässigen Kampfesweise, wie sie durch den Gewerkschaftsverein gegen den Verband geführt worden ist, würdig zur Seite. Einmal glück es selbst dem Stegerwald zu weit. Er kam her und beschwor die Generalversammlung, mit den Angriffen auf den Verband aufzuhören! Doch es hat nicht den erhofften Erfolg gehabt, wie besonders die folgenden Reden Behrens, Zumbusch und Kötter zeigten. Wir werden unsere Feder noch einmal in die Hand nehmen und zeigen, was am besten auf dieser Arbeitertagung unterblieben wäre. Für heute wollen wir zwei Resolutionen veröffentlichen, die zeigen sollen, wie die Dinge heute im christlichen Gewerkschaftsverein stehen. Diese Resolutionen waren die Frucht der Reserte über den Geschäftsbericht und der Presse und lauten:

„Resolution Verwaltung betr.“

Die heutige Generalversammlung spricht dem Vorstand und der Verwaltung des Gewerkschafts für ihre bisherige Tätigkeit ihren Dank aus und wünscht, daß der Gewerkschaftsverein auch in Zukunft in bisheriger Ehre weitergeführt wird. Wegenüber den in der letzten Zeit von den Gegnern des Gewerkschaftsvereins gegen den Zentralrat gerichteten Angriffen erklärt die Generalversammlung, daß dieser nach wie vor das volle Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder besitzt. Die Generalversammlung weist die ständig gegen die Gewerkschaftsleitung gerichteten Angriffe der Gegner scharf zurück.

Die Generalversammlung sieht sich genötigt, folgendes zu erklären: Kein außerhalb des Gewerkschaftsvereins stehender hat das Recht, sich als Vorkennnd der Gewerkschaftsmitglieder aufzuspielen und sich in die Angelegenheiten desselben einzumischen. Die Gewerkschaftsmitglieder können diese selbst regeln. Die Generalversammlung verlangt, daß alle Versuche der Gegner, sich in die Gewerkschaftsangelegenheiten zu mischen, von der Zeitung scharfer wie bisher zurückgewiesen werden.

„Resolution Presse betr.“

Die 12. Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter erklärt sich mit der bisherigen Haltung des Vereinsorgans einverstanden und spricht der Redaktion für die energische und geschickte Vertretung der Interessen der Bergarbeiter und des Gewerkschaftsvereins ihre Anerkennung aus.

Für die Zukunft ist aber eine schärfere Zurückweisung der gegen den Gewerkschaftsverein gerichteten Angriffe unbedingt erforderlich. Die Gegner unseres Gewerkschaftsvereins, besonders die Sozialdemokraten, greifen diesen ständig in der denkbar unchristlichsten und geschäftigsten Weise an. Bisher hegen wir noch die Hoffnung, die Mitglieder der gegnerischen Organisation würden im Interesse der Bergarbeiterschaft endlich einmal ihre Führer veranlassen, den in der frivolsten Weise von ihrem vom Haune gebrochene Wankertum aufzugeben.

Diese Hoffnung müssen wir heute fahren lassen, da die letzte Generalversammlung des alten Verbandes, den von Verbandsführern gegen den Gewerkschaftsverein verübten Schurkenstreich mit dem 80.000 Mk.-Fehlblatt nicht einmal verurteilte und auch nicht rügte, daß man andauernd den Gewerkschaftsverein wahrheitswidrig Zentralratgewerkschaft nennt. Die Generalversammlung ersucht deshalb die Redaktion des „Bergmanns-Freund“, in Zukunft scharfer wie bisher mit den Gegnern in's Gericht zu gehen und allen gegen den Gewerkschaftsverein gerichteten Angriffen nachdrücklicher wie bisher entgegen zu treten. Die bisher gelübte große Zurückhaltung der Redaktion gegenüber den gegnerischen Angriffen hatte zur Folge, daß die große Masse der Unorganisierten gegen den Gewerkschaftsverein eingenommen wurde und nur schwer für unsere Bewegung zu gewinnen war. Durch eine schärfere Zurückweisung der gegen uns gerichteten Angriffe würde dieses Uebel beseitigt. Die bisher gelübte Nachsicht wurde ja doch nur als Schwäche ausgelegt. Wenn wir uns hierdurch schärfer und stärker zeigen, werden die Gegner sich bessern müssen. So wie bisher darf der Bruderstreit nicht weitergehen.

Diese Resolutionen bilden wichtige Dokumente für die Bergarbeiterbewegung. Sie sind es, die zum Lachen und zum Weinen zugleich reizen. Sie zeigen, wohin blinder Fanatismus und gewerkschaftliche Blindstumpfheit führen kann.

„Nachrichten aus der Montanindustrie.“

Der Bruch im Kalisynidat.

Wer den Kämpfen, die in den letzten Wochen im Kalisynidat tobten, Aufmerksamkeit geschenkt hat, mußte zu der Auffassung kommen, daß der Zusammenbruch des Synidats bevorstehe. Fast noch immer haben sich bis jetzt bei jeder Erneuerung von Synidatsverträgen in der Kalisynidat die heftigsten Geburtswehen eingestellt, sodaß in allerletzter Stunde oft der Vertrag erst zustande kam.

Es muß ausgegeben werden, daß von Erneuerung zu Erneuerung die Verhandlungen schwieriger, die Situation gefährlicher geworden ist. Namentlich in den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung geltend gemacht mit dem Erfolg, daß bei der diesmaligen Erneuerung die Schwierigkeiten außerordentlich groß, ja fast unüberwindlich geworden sind. Noch immer hat es sich darum gehandelt, wie der Absatz unter den verschiedenen Gewerkschaften zu verteilen war. Waren neue Werke betriebsfähig, mußten selbige ins Synidat aufgenommen werden, wo naturgemäß die schon im Synidat vertretenen Werke den neuereitretenden von der festgesetzten Beteiligungsquote ein Teil abtreten mußten. Geschäft letzteres auch mit schwerem Herzen, so war darüber nicht hinwegzukommen, wenn die älteren Werke infolge ihres abnehmenden Standpunktes nicht veräußert werden wollten, daß die nicht aufgenommenen Werke niedrigere Verkaufspreise wie sie das Synidat vorgegeben, einführten. Die Sicherheit, im Synidat aufgenommen zu werden, einen Preiskampf nicht ausgesetzt zu sein, regte die Gründungsruft immer von neuem an. Die älteren Synidatsmitglieder hatten also in ihren Quotenabgaben gleichsam Prämien für alle diese Neugründungen zu zahlen, suchten sich aber größtenteils durch Teilnahme an den Neugründungen schadlos zu halten. Diese Neugründungen scheinen jetzt noch einen größeren Umfang annehmen zu wollen, wie es bis jetzt der Fall war. Die meisten Werke haben, um die Zweifelsfrage billig zu regeln, von dem erworbenen Felderbesitz einen Teil unter eigener Beteiligung an neue juristische Personen abgetreten; andererseits wurde aber auch beabsichtigt, durch diese Maßnahme für jede einzelne Schachanlage besondere Quotenansprüche vom Synidat zu erwirken. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß einzelne größere Werke sich mit ihrer eigenen Beteiligung in kleinere aufteilten und somit mehrere Quoten erreichten, die selbst wenn diesen neuen Werken auch Minusquoten zugefunden würden, doch mindestens fünfmal so hoch ausfallen dürften, als der eigentliche Anteil, den man heute Gewerken mit großem Felderbesitz und mehreren Schachanlagen, die sich in einer Hand befinden, gewähren will.

Also der Kern des Streites ist in der Beteiligungsfrage zu suchen, mit welcher namentlich die Verwaltung von Westeregeln, Dr. Gehling, nicht einverstanden war. Herr Gehling kann es nicht verantworten, daß seine Aktionäre jetzt nur statt 17 Proz. 10 Proz. Dividende erhalten. Hervorzuhellen ist noch, daß nicht nur Westeregeln, sondern auch mehrere

andere Werke beschlossen haben, sich an der Neugründung des Synidats nicht zu beteiligen. Unter diesen befindet sich auch Teutonika, Wustrow. Die Bergarbeiter dieser Gewerkschaft können sich merken, daß in der letzten Generalversammlung welche am 10. Juni in Hannover stattfand, der Nichtteil mit dem Begriffe wurde, daß die angebotene Beteiligungsquote 15,12 Tausend nicht der Bedeutung des Wertes entsprechen, da Teutonika mit seinen vorzüglichen Aufschüssen in geringer Menge zu den besten gehöre und die Betriebskosten wohl kaum irgendwo niedriger seien. Daß diese niedrigen Produktionskosten auf das fortdauernde Ueberhöhenwesen zurückzuführen sind, wird nicht gesagt.

Was es nun kommen wie es will. Wird der Beschluß, das Synidat am 1. Juli aufzulösen zur Tat, so wird die Kalisynidat mit einem Schlagschlag ein völlig verändertes Bild zeigen. Es beginnt ein wildes Wettrennen, um Abschlüsse zu tätigen. In diesem Wettrennen unterliegen aber nach kurzer Zeit die schwachen und schwächeren Werke und müssen infolge dessen den Wettlauf aufgeben. Letzteres hat zur Folge, daß hunderte in tausende von Bergarbeitern und Beamten ihre Existenz verlieren und hundert auf der Straße wandern, um andere Arbeit zu finden. Also diese Arbeiterkategorie ist der leidende Teil, der die Konsequenzen aus der Profitgier der Aktionäre zu ziehen hat.

Die Entwicklung der Stinnes-Bechen. Die „Abblische Zeitung“ schreibt hierüber: Die sogenannten Stinnes-Bechen — Viktoria Mathias, Graf West, Carolus Magnus, Friedrich Ernestine und Mathias Stinnes — deren Anteil sich ganz oder doch überwiegend im Besitz der Familie Stinnes befinden, haben im letzten Jahrfrist unter der Leitung von Hugo Stinnes einen außerordentlichen Aufschwung genommen, der ebensoviele in den Gewinnssphären der von ihnen gelieferten Erzeugnisse wie in ihren geldlichen Ergebnissen zum Ausdruck kommt. Während die Förderung im Oberbergamtsbezirk Dortmund von 1904 bis 1908 von 67,5 auf 82,88 Millionen Tonnen oder um rund 22 Proz. stieg, erhöhten die Stinnes-Bechen gleichzeitig ihre Kohlengewinnung von 1,95 auf 2,78 Mill. To. oder um beinahe 40 Proz. Für 1907 ergibt sich gegen 1904 sogar eine Steigerung der Förderung um 55 Proz. Der letztjährige Rückgang dürfte in der Hauptsache die Folge davon sein, daß die Stinnes-Bechen nach der verstärkten Förderung im Jahre 1907, die ihnen eine beträchtliche Erhöhung ihrer Beteiligungssphären eingetragen hat, 1908 wieder in stärkerem Maße die in der Hochkonjunktur vernachlässigten Vorrichtungsarbeiten betreiben mußten, die naturgemäß geringere Kohlenmengen liefern als der eigentliche Abbau. Auf diese Erklärung deutet auch die ungewöhnlich große Abnahme der Leistung, d. i. des Förderanteils auf den Kopf der Gesamtbelegschaft hin, die 1907 343 To. betrug, um 1908 auf 202 To. zurückzugehen. Da die Stinnes-Bechen betrieblich und wirtschaftlich gewissermaßen eine Einheit bilden, so rechtfertigt es sich auch, ihre Produktionsergebnisse in der folgenden Zusammenfassung zu geben, die dem von der Zeitschrift „Gildau“ herausgegebenen Festchen „Die Bergwerke und Zechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund im Jahre 1908“ entnommen:

	1904	1905	1906	1907	1908
	To.	To.	To.	To.	To.
Kohle	1.952.810	1.957.825	2.416.133	3.092.557	2.728.069
Rohk.	269.846	316.500	428.040	540.175	422.002
Styph. Ammoniat	1.008	2.508	2.444	2.090	5.001
Ammoniakwasser	670	1.028	2.868	3.705	1.107
Zer	6.484	12.121	14.189	16.024	14.681
Zerpech	9.898	8.425	9.029	9.573	11.083
Anthrazit	1.786	1.501	1.607	2.034	3.008
Anthrazit	3.751	5.001	5.008	4.000	4.005
Anthrazit	807	790	1.208	1.612	932
Anthrazit	446	328	438	413	397
Anthrazit	205	1.028	1.241	1.793	1.991
Uder ger. Handabzengol	388	398	745	1.404	1.418
Mohlwol	78	46	106	259	287
Ger. Solventnaphtha	87	148	200	290	212
Riegelsteine	28.147.490	26.004.230	31.283.790	31.008.845	10.942.590
Belegschaft	6.637	6.298	7.149	8.891	9.399

Die Kohlenförderung zeigt eine noch günstigere Entwicklung als die Kohlenförderung, indem sie im Laufe des letzten Jahres um 250.000 auf 422.000 To., d. i. um 68 Proz. wuchs. Noch größere Steigerungen ihrer Gewinnssphären haben die verschiedenen Nebenerzeugnisse zu verzeichnen. 1908 fanden sich nur auf Mathias Stinnes Kohlen mit Nebenerzeugnisgewinnung, 1904 wurde diese auch auf Friedrich Ernestine und Viktoria Mathias, 1906 auf Carolus Magnus aufgenommen, so daß im letzten Jahre nur noch auf Graf West die Kohlenförderung in der früheren Weise stattfand. Für das letzte Jahr verteilen sich Beteiligungs-sphären, Kohlenförderung, Kohlenzerzeugung und Arbeiterzahl auf die fünf Bechen wie folgt:

	Beteiligungs-sphäre	Kohlenförderung	Kohlenzerzeugung	Arbeiterzahl
	To.	To.	To.	To.
Viktoria Mathias	452.000	458.610	96.713	1.548
Graf West	476.100	424.466	54.300	1.460
Carolus Magnus	324.200	293.645	93.562	1.081
Friedrich Ernestine	368.100	342.995	78.315	1.300
Mathias Stinnes	1.321.000	1.208.582	99.112	3.050
Zusammen	2.922.300	2.728.069	422.002	9.399

Ueber das geldliche Ergebnis, soweit es in der Ausbeuteverteilung zum Ausdruck kommt, unterrichtet für das letzte Jahrfrist die folgende Zusammenstellung. Es beglücken an Ausbeute (in Mark):

	1904	1905	1906	1907	1908
Viktoria Mathias	300.000	300.000	300.000	405.000	490.000
Graf West	300.000	300.000	300.000	405.000	480.000
Carolus Magnus	330.000	300.000	300.000	325.000	300.000
Friedrich Ernestine	330.000	300.000	300.000	405.000	480.000
Mathias Stinnes	480.000	480.000	480.000	870.000	1.200.000
Zusammen	1.710.000	1.680.000	1.680.000	2.410.000	2.640.000

Mit Ausnahme von Carolus Magnus haben die Bechen alle ihre Ausbeute erhöhen können. Wenigstens ist vor allem die Steigerung im letzten Jahre, die im Gegensatz zu dem Geschäftsergebnis fast aller übrigen Bergbauergesellschaften im Ruhrbezirk steht. Die Gesamttausende der Stinnes-Bechen stieg im letzten Jahrfrist von 1,71 auf 2,64 Millionen Mark, d. i. um 72 Proz. Auf den Kopf der Belegschaft ergab sich 1908 ein Ausbeutebetrag von 315, im Jahre 1904 von 288 Mk.; die Ausbeute auf die Tonne betrug im letztgenannten Jahr 0,85 Mk. und stieg die 1908 um 28 Pfg. höher auf 1,08 Mk. Bei den Aktiengesellschaften des Ruhrbezuges, soweit sie als reine Bechen diese Feststellung zulassen, ist die Ausbeute auf die Tonne wesentlich höher; sie belief sich im letzten Jahre durchschnittlich trotz eines Rückganges um 28 Pfg. immer noch auf 1,27 Mk.

„Aus der deutschen Arbeiterbewegung.“

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

In der letzten Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften ist die Jahresstatistik über die christlichen Gewerkschaften enthalten, die uns zeigt, daß die christlichen Gewerkschaften das vergangene Krisenjahr weit schwerer überdauert haben, als die freien Gewerkschaften. Für den Mitgliederrückgang in allgemeinen werden ganz „plausible“ Gründe angeführt. Auch trifft die bei uns beobachtete Tatsache, daß von der Krise des Baugewerbes und des Textilgewerbes und dementsprechend auch die für diese Gewerbe bestehenden Organisationen am schwersten getroffen wurden, auch für die christlichen Gewerkschaften zu. Bei dem Vergleiche in der Mitgliederabnahme der christlichen Gewerkschaften und unserer Gewerkschaften aber geht dem Berichtsteller schon alle Vermunft und Logik zum Teufel. Erst wird ein langes und breites geredet über die „wieder einmal veränderte Kampfesart der sozialistischen Bewegung“, auch etwas über die tapfere Vorhut der Christenwunderlichen, die ihre Mitgliederzahl verschwiegen und ihre Abrechnung verschleierte, bei rund 125.000 Mk. Mindererträgen aber einen empfindlichen Mitgliederverlust zu beklagen haben. Also u. a. m. Nach dieser langen Reihe kommen dann endlich die Fische. Am Jahresabschluss zählten die Christlichen 23.882 Mitglieder weniger als im Jahre 1907.

Diese denn doch verurteilte unangenehme Tatsache wird nun durch allerdunkel drum und dran zu verbrämen gesucht: Im Jahresdurchschnitt des Mitgliederbestandes betrage die Mitgliederabnahme nur 9,80; wenn sie auch prozentual etwas größeren Mitgliederverlust hätten, so sei er doch bei den freien Gewerkschaften in der Zahl größer usw. Wir wollen einfach bei den Tatsachen bleiben. Die durchschnittliche Jahresmitgliederzahl liegt für die freien Gewerkschaften noch nicht vor. Sie haben am Jahresabschluss 72.284 Mitglieder verloren, die Christlichen 23.882. Im Verhältnis zum Mitgliederbestand bedeutete das, daß die freien Gewerkschaften 4 Proz. die christlichen Gewerkschaften aber 9 Proz. ihrer Mitglieder eingebüßt haben! Nur so haben doch Zahlen gegenüberstellungen einen Wert und nur so ist Ehrlichkeit bei der Sache zu finden. Ob bei der Jahresdurchschnittszahl der freien Gewerkschaften das selbe Zahlenverhältnis bestehen bleibt, muß vorläufig gänzlich außer Betracht bleiben.

Interessant und für uns beklagend ist, wie sich die bürgerlichen Schichten nun mit dieser Tatsache abfinden. Ihre Frohoden über den

Mitgliederschwind in den freien Gewerkschaften ist ja verstimmt, und kein Laut sprechen sie sich gegenseitig den Krok zu...

Zu bemerken wäre noch, daß einen Mitgliederzuwachs die bayrischen Eisenbahner mit 2774, die Steinarbeiter in Wien mit 1167, die Helm...

Nach alledem können wir es den Arbeitern überlassen, sich die Frage selbst zu beantworten, welche Gewerkschaften in der Zeit der Krise sich...

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die am 17. Juni in Mainz im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stattfand...

Aus der englischen Genossenschaftsbewegung. Im Gegensatz zur deutschen, die in einer Anzahl Verbänden gegliedert ist, ist die englische Genossenschaftsbewegung ziemlich streng zentralisiert.

Table with 3 columns: Year (1907, 1908), Number of Societies, Members, Capital, and Profit.

Der kleine Rückgang in der Zahl der Genossenschaften ist die Folge von Verschmelzungen. Die weitaus größte Zahl aller Genossenschaften, nämlich 1428, sind Konsumvereine.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs

einem Redakteur einmal zugeprochen, dieser seltene Fall ereignete sich in Harburg mit der gewiß noch selteneren Begründung: „Das „Volksblatt“ sei ein Arbeiterblatt, von dem die Arbeiter die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen ohne weiteres erwarten.“

Daß die Presse bei Aufhebung von Missständen berechnigte Interessen vertritt, hat vor mehr als hundert Jahren sogar ein preussischer König einmal anerkannt.

gegen den Einsender und Redakteur anzutragen. Es kann nicht jedem zugemutet werden, in solchen Fällen, die eine Klage verdienen, sich den Unannehmlichkeiten, womit offizielle Denunziationen verbunden sind, auszusetzen.

Internationale Rundschau.

Ausperrung und Generalstreik?

London, den 30. Juni 1909.

Ueber die Lage im englischen Bergbau erhalten wir von unserem englischen Mitarbeiter folgenden Bericht: Die Lage in der britischen Bergbauindustrie ist eine sehr drohende.

Der heutige Tag wird die Entscheidung bringen. Sperren die walisischen Grubenbesitzer morgen ihre Arbeiter aus, so wird die Föderation den Generalstreik in allen Gebieten Großbritanniens erklären.

Die letztere Forderung, d. h. die Einführung von zwei Föderationsjahren und die Jumeckhaltung von Ueberstunden an 60 Tagen im Jahr, ist der Punkt, um den sich jetzt alles dreht.

Der Gang der gepflogenen Verhandlungen war kurz folgender: Auf der am 17. und 18. d. M. in London abgehaltenen Konferenz der Bergarbeiterföderation erklärten sich die Kameraden aus allen Gebieten, mit den schottischen Bergarbeitern solidarisch und beschloßen, die Vertreter der Föderation, die Kameraden Edwards, Smilie, Ashton und Abraham nach Wales und Schottland zu entsenden, um mit den Vertretern der Werksbesitzer zu verhandeln.

Der Sieg der englischen Bergarbeiter.

London, den 2. Juli 1909.

Der Sieg ist unser! Nach hartnäckigem Kampfe gaben die Unternehmer auf der Konferenz, die letzten Mittwoch in Cardiff stattfand, ihre Stellung auf. Bis gegen Mitternacht dauerten die Verhandlungen zwischen Vertretern der organisierten Unternehmer und den Delegierten der britischen Bergarbeiterföderation.

nicht. Daß er zur Ausführung gekommen wäre, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen.

Bis gegen Mitternacht am Mittwoch der glückliche Ausgang der Verhandlungen bekannt wurde, kannte der Jubel unter den vielen Tausenden der Kameraden, die in den Straßen warteten, keine Grenzen.

Die Lage in Schottland ist weit gefährlicher als es die walisische war. Der Minimallohn in Schottland liegt augenblicklich 50 Proz. über der Lohnbasis des Jahres 1879.

Die Generalversammlung der britischen Bergarbeiterföderation aufgegeben und es wurde den Schotten auch die Unterfertigung der ganzen Föderation versprochen, sollten sie in dieser Frage angegriffen werden.

Die Gewerkschaften der Bergarbeiter in Großbritannien.

Die Mitgliederzahl der britischen Gewerkschaften hat zu Ende des Jahres 1907 fast 2 1/2 Millionen erreicht; ob das Wachstum auch im letzten Jahre (1908) andauerte steht nicht ganz fest.

Table showing membership numbers for various mining unions from 1898 to 1907.

Im Vergleich mit 1898 war die Mitgliederzahl Ende 1907 um 336,618 oder 22 Prozent höher.

Die stärksten Verbände sind die Northumberland Miners (Ende 1907 32 327 Mitglieder), die Durham Miners (105,612 Mitglieder), die Yorkshire Miners (79 052 Mitglieder), die Lancashire and Cheshire Miners Federation (75 393 Mitglieder), die North Stafford Miners Federation (16 709 Mitglieder), die Derbyshire Miners (36 087 Mitglieder), die Nottinghamshire Miners (28 415 Mitglieder), die North Wales Miners (12 984 Mitglieder), die South Wales Miners Federation (135 765 Mitglieder), die Fife and Kinross Miners (15 000 Mitglieder) und die Lanarkshire Miners (34 000 Mitglieder).

Angaben über die Geldgebahrung veröffentlicht das Arbeitsamt von 16 Bergarbeiterverbänden, wovon Ende 1907 sechs über und zehn unter 10 000 Mitgliedern hatten.

Table showing financial data (Income and Expenses) for 16 mining unions from 1898 to 1907.

Das auf ein Mitglied treffende Jahreseinkommen stieg von 20,56 M. 1898 auf 24,25 M. 1903, dann ging es auf 22,94 M. 1908 zurück, um 1907 unbedeutend (auf 22,98 M.) zu steigen.

Jahr	Ausgaben für		
	Streik- und Aussperrungs-Unterstützung	andere Unterstühtungen	Verwaltung und sonstiges
1898	1 008 040	1 518 400	751 860
1899	866 600	1 142 140	788 100
1900	238 880	1 180 600	669 740
1901	1 849 200	1 568 760	1 068 280
1902	2 570 840	1 636 840	1 114 500
1903	1 211 080	1 738 920	1 168 680
1904	980 240	2 452 200	1 281 520
1905	1 470 780	2 411 780	1 228 600
1906	1 287 280	2 418 560	1 890 260
1907	671 720	2 278 280	1 879 860

Die Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen bildeten in den zehn Jahren etwas mehr als ein Viertel, die Ausgaben für andere Unterstühtungen nicht ganz die Hälfte und die Ausgaben für Verwaltung und sonstiges ebenfalls über ein Viertel der Ausgaben überhaupt. Bei allen 100 hauptsächlichsten Gewerkschaften (verschiedene Berufe) ist die Verteilung der Gesamtausgaben hier von erheblich verschieden. Von den Gesamtausgaben in den Jahren 1898 bis 1907 kamen bei

den 16 Bergarbeiter-Gewerkschaften (in Prozenten) 100,0
den 100 hauptsächlichsten Gewerkschaften 27,5

auf Streik- und Aussperrungs-Unterstützung	27,5	10,8
auf andere Unterstühtungen	45,2	67,0
auf Verwaltung und sonstiges	27,5	22,7
	100,0	100,0

Die Ausgaben für Arbeitskämpfe sowie die für Verwaltung und sonstiges stellen bei den Bergarbeitern einen höheren Prozentsatz dar, als bei allen hauptsächlichsten beruflichen Gewerkschaften zusammen; der Anteil der Ausgaben für andere Unterstühtungen als Streik- und Aussperrungsunterstützung bleibt bei den Bergarbeitern unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Knappschätzliches.

Bochum. Die Vertreter des Kommissionsbezirks Bochum hielten am 20. Juni ihre regelmäßige vierteljährliche Sitzung ab. Da keine Anwesenheit in der „Bergarbeiter-Zeitung“ erfolgt war, fehlte eine Anzahl Vertreter, welche um so beharrlicher ist, da die Vertreter wissen, daß an diesem Tage die Sitzungen stattfinden. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Zu Punkt 1 erstattete der Vorstandsstelle F. I. Scher Bericht über die letzten Vorstandssitzungen, welche sich mit der von den Vertretern des Verbandes einberufenen Generalversammlung befaßten. Die letzte Vorstandssitzung mußte ausfallen, da nach Angabe der Verwaltung kein Material vorlag, worüber die Vertreter geteilter Meinung waren. Scher hob hervor, daß man beabsichtigt, die Vertreter für jede weitere Generalversammlung verantwortliche zu machen, wenn dieselbe wieder von dieser Seite einberufen werde. Unter diesen Umständen kann man schließlich das ganze Statut mit Hilfe dieser „christlichen“ Vertreter im Vorstadium nach dem Geschmack der Werksherren und zu Ungunsten der Arbeiter umändern, ohne daß die übrigen Vertreter eine Handhabe hätten, sich dagegen zu wehren. Sodann wurde von unseren Vertretern auf eine Bewegung aufmerksam gemacht, von welcher schon eine Anzahl Begehren Gebrauch machen. Hiernach müssen Mitglieder, welche die Arbeit teilweise unterbrechen, z. B. einige Tage Urlaub nehmen oder militärische Leistungen machen, vor ihrer Wiedereinfahrt ein neues Unterlegat mitbringen. Es ist dies eine Verletzung der Verwaltung, die diese eigenmächtig erlassen hat, ohne daß man von irgend einer maßgebenden Stelle einen derartigen Beschluß gefaßt hat. In der Sitzung des Sängerkomitees vom 8. April wurde die Frage erörtert: Unter welchen Voraussetzungen müssen Mitglieder, welche die Bergarbeit unterbrechen haben, bei der Wiedereinfahrt ein neues Unterlegat mitbringen? Vorfrage des § 3 Absatz 2 und 3 der Satzungen betrachten? Die Auslegung waren verschiedene Art, so daß es zu keiner Einigung über die Frage kam; die Vorschläge der Werkmeister wurden von den Vertretern abgelehnt. Hierauf, so heißt es in dem Protokoll dieser Sitzung, setzen wir uns genötigt, uns streng aus dem Statut zu halten und wurden dann die Begehren beauftragt, wie oben dargelegt, zu handeln. Die Begehren handeln auch nach dieser Anordnung, da in letzter Zeit Leute, welche eine militärische Leistung gemacht haben oder einige Tage auf Urlaub waren, ein neues Unterlegat mitbringen mußten. Diese neue Anordnung widerspricht jedoch den Bestimmungen des Statuts vollständig. Da nun bei derartigen Fällen die Mitglieder sich an ihren Vertreter wenden und hierüber Auskunft verlangen, zumal eine Unterlegung beim Arzt 3 Mk. kostet, beschloß die Vertreter, bei der Verwaltung folgendes zu beantragen: Nach den in letzter Zeit vorgekommenen Fällen, wonach Mitglieder, welche an einem Montag feierten, oder die Bergarbeit durch andere Umstände, z. B. militärische Leistung oder Urlaub auf kurze Zeit unterbrechen, vor ihrer Wiedereinfahrt ein neues Unterlegat mitbringen müssen, was dem Gesetz und den Statuten widerspricht, eruchen die Vertreter der Kommission Bochum die Verwaltung, daß, wenn wider Erwarten ein derartiger Beschluß besteht, die Vertreter durch ein Rundschreiben hiervon in Kenntnis zu setzen. Dann wurde noch ein weiterer Uebelstand besprochen, nämlich Mitglieder, die erst am Nachmittag gesund und arbeitsfähig aus einem Krankenhause, Bade oder Wärmehaus entlassen werden und sich dann am nächsten Tage ihrem zuständigen Arzt nicht mehr vorstellen können, was zur Folge hat, daß sie für den folgenden Tag kein Krankengeld bekommen, aber auch nicht arbeiten können. Die Vertreter eruchen die Verwaltung, hier Rembeur zu schaffen und die Mitglieder so früh zu entlassen, daß sie sich am Entlassungstage noch bei ihrem Arzt vorstellen können. Nach einer regen Diskussion, woran sich die meisten Vertreter beteiligten, wurde die sehr lehrreiche Sitzung geschlossen.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Borussia (Schacht I). Im Revier des Jahrestages Congilius hatte ein Kamerad laut Markenkontrolle 19% Schichten verfahren, im Lohnbuch hatte derselbe aber nur 18% Schichten eingetragen. Ein sehr schändliches Benehmen den Arbeitern gegenüber zeigt der Betriebsführer Romberg. Am besten konnte man das am letzten Lohnstage sehen. Arbeiter, welche ihren zu wenig erhaltenen Lohn bei diesem Herrn reklamieren wollten, wurden, nachdem er sie angehört, einfach mit den Worten: „Scheren Sie sich weg“ von der Steigerstufe gemieden. Auch heißt es einfach: „Wenn Sie was wollen, so gehen Sie zum Berggewerbegericht!“

Zeche Deutscher Kaiser (Schacht III und VII). Im Revier 18 fehlt es hier vielfach an Holz. Beschwerden sich die Arbeiter darüber, dann sagt ihnen der Steiger: „Ich kann auch kein Holz auf dem Bunde herinbringen.“ Der westliche Berg ist sehr schlecht in Ordnung, besonders im Fahrschacht fehlt es recht sehr. Die Signalleitung ist ebenfalls nicht in Ordnung. Bisher wurden zum Geben der Signale die Wasserleitungsröhre benutzt, aber auch diese sind jetzt defekt und können nicht mehr benutzt werden. Die Bedinge sind berart niedrig, daß Löhne von 3,10 Mk. verdient werden, trotzdem sollen Nebenarbeiten, wie Verriegelungsrohre einbauen und dergleichen, nicht bezahlt werden. Trotz der hohen Reparaturkosten sind die Lampen auch meist schlecht in Ordnung und dauert die Ausgabe viel zu lange.

Zeche Ewald (Schacht III/IV). In dem genannten Schacht ist, wie in der Zeitung überall geschieht, die elektrische Lokomotiv-Förderung eingerichtet; dieselbe wird für Revier IV wegen des zu weit entfernten Abbaufeldes auch zur Beförderung der Arbeiter verwendet. Dagegen hätte man garnichts einzuwenden, wenn — ja wenn die elektrische Leuchtebeförderung den Leuten nicht zum Nachteil dienen würde. Der Personenzug ist aus 15 primitiv hergestellten Holzlasten für genau 4 Mann, Lokomotive, Gebläsewagen und Bremswagen zusammengefaßt; sodas 60 Arbeiter mit einem Zug befördert werden können. Man sind aber im Revier bedeutend mehr Arbeiter in der Wprenschaft als 60, und entfällt infolgedessen ein fürchterliches Gedränge, weil jeder mitfahren will. Auf jeden für 4 Mann eingerichteten Holzlasten drängen sich 5-6 Mann. Dazu nehmen die Leute ihr Gebälge mit, wodurch sich die Gefahr, verletzt zu werden, noch außerordentlich steigert. Auch fährt der Personenzug des Morgens von der Haltestelle genau 10 Minuten nach 6 Uhr ab, die Seilfahrt dauert aber gewöhnlich bis 15 Minuten nach 6 Uhr und müssen die Leute, welche später kommen, die weite Tour laufen. Es wäre notwendig, daß mehr Wagen in den Zug eingesetzt würden und dieser erst abfährt, wenn die Seilfahrt beendet ist. Im Anfang

des Monats, um die Zeit der Abnahme bezw. der Belegungserklärung, fährt der Obersteiger Mitter schon vor 1/2, 8 Uhr am Schacht III auf der oberen Bauföhle an, läuft nach dem 22. Bött (Stapel bezw. Binder Schacht), klinkt denselben herunter, ist nun direkt im Abbaufelde des Revier VI und findet keine Leute vor der Arbeit, weil diese noch unterwegs sind. Kommen die Arbeiter dann vor ihrer Arbeit an, ist der Herr schon da und haucht sie an: „Wasas, ihr fahrt noch auf den Risten? Ihr laßt, daß ihr nichts verdient habt und fahrt noch auf der Riste? Größeres Bedinge wollt ihr haben?“ — und fängt, was ist er, wenn keine Antwort erfolgt, um nun noch anders zu schnappen. Oder erfolgt eine Antwort wie: „Herr Obersteiger, wir wollen doch etwas Brot essen, des Morgens kann man doch nichts essen!“, so zieht der Obersteiger die Uhr und sagt: „Ja es ist auch schon 1/2, 7 Uhr, ihr könnt schon längt vor der Arbeit sein, ihr fahrt doch elektrisch, da könnt ihr doch buttern im Wagen während der Fahrt und nicht hier; so verdient ihr natürlich nichts!“ — und weg ist er. Also soll die Elektrische trotz des fürchterlichen Gedränges auch dienen zum — buttern im Wagen während der Fahrt! „Schacht Elen“ wird diese Beche im Volksmunde genannt, und mit Recht; denn auf keiner Beche im Revier werden solch miserable Löhne gezahlt, wie hier. Ueber 6 Mk. darf keiner verdienen, will er mehr haben, soll er Lieberschichten machen; macht er keine, ist er auf den Weisheit des Steigers angewiesen. Betriebsführer Krause hat eine etwas andere Methode im Bedinge gemacht. Derselbe animiert geradezu die Leute zum Lieberschichtenmachen. Er erhebt das Bedinge auch nicht, sondern erklärt: „Wenn ihr Lieberschichten macht, dann lege ich Euch zwei Mark Metergeld bei, sonst ziehe ich Euch noch 2 Mark ab.“ Dastal also trotz kräfte Lieberschichten und Kohle, Kohle, Kohle. In dem Abbaufelde des Bergbaufeldes ist kein Abbaufeld vorhanden. Auch auf die Zimmerung, nicht nur vor den Pfeilern, sondern auch in den Transportwegen und -straßen mühten sich die Bergbehörde aufmerksam machen, ehe es zu spät ist.

Zeche General. Auf dieser Zeche herrscht eine vollstellige Unordnung bei der Seilfahrt, hauptsächlich bei der Mittagsfahrt. Des Abends soll der erste Korb um 10 1/2 Uhr am Tage sein, dieses verhalten schon die Beanteten; dieselben fahren erst 10 1/2 Uhr ab und dann werden erst die Körben aufgesetzt, mithin wird es 10 1/2 Uhr, ehe der erste Korb zutage kommt. Auch etwas bessere Ordnung bei den Zohnauszahlungen könnte geschaffen werden, denn das Fudeln nimmt nachgerade überhand. Es wäre doch eine Kleinigkeit, durch etwas bessere Kontrolle den Uebelstand zu beseitigen.

Zeche ver. Gladbek (Mitter-Schächte). Die wenig Rücksicht man auf diese Zeche auf die Arbeiter nimmt, kann man am besten an den Lohnstagen beobachten, an welchen die Arbeiter oft stundenlang auf die paar sauer verdienten Pfennige warten müssen. Ganz besonders kraht trat dies am letzten Lohnstage (22. Juni) zutage. Um 8 Uhr morgens ungefähr wurden die letzten Leute der Nachtschicht abgefertigt. Denn die Verwaltung garnicht darüber nach, wo es den Arbeiter wohl zu Mute ist, wenn er die ganze Nacht sich müde geküftet hat und er dann zwei geschlagene Stunden in der schmalen und staubigen Waschkloase stehen und geduldig warten muß, bis es den Herren am Zahlschalter gefällig ist, ihm den sozusagen durch das lange Stehen noch mal verdienten, ohnedies sehr fargen Lohn auszuhändigen? Oder soll dadurch das gute Einvernehmen gefördert werden? An die unorganisierten Arbeiter obiger Zeche aber richten wir das dringende Ersuchen, sich zu organisieren und sich Schulter an Schulter zu stellen mit denjenigen Arbeitkollegen, welche eine derartige Behandlung als eine Schmach empfinden, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis solche Mißstände der Vergangenheit angehören.

Zeche Karoline. Am 22. Juni brach hier die Achse an der Fördermaschine, wodurch die Belegschaft laut Anschlag bis zum 5. Juli fernern mußte. Wäre eine Reserveachse vorhanden gewesen, so hätte man den Schaden viel schneller wieder ausbessern können. Jetzt aber muß die Belegschaft die lange Zeit feiern und den großen Lohnausfall erleiden. Das ist um so schlimmer, weil in letzter Zeit dauerlöhne von 3,80, 4, — und 4,50 Mk. verdient wurden, die Arbeiter also ohnehin schon sehr in Not sind. Viele Arbeiter, denen es besonders schlecht geht, haben die Verwaltung gebeten, ihnen doch Beschäftigung zu geben, meist aber ohne Erfolg. Ein Beamter der Zeche hat sogar erklärt: „Jetzt wollen es die Leute nicht aushalten können, aber wenn gestreikt würde, dann hielten sie es schon aus.“ Dieser Beamte vergißt nur, daß der Streik das äußerste Mittel ist, zu dem die Arbeiter nur greifen, wenn die Bedrückung und Entrechtung der Arbeiter durch die Unternehmer derart untraglich geworden ist, daß ihnen keine andere Möglichkeit als die des Streiks bleibt, um sich ihrer Bedrückung zu erwehren. Wer entschädigt nun die Arbeiter für den durch das unfreiwillige Feiern entstandenen Lohnausfall?

Zeche König Ludwig, Schacht I und II. Die Arbeiter, die hier von der Bauföhle nach der obersten Wetterföhle klettern müssen, wandern sich an den Betriebsführer mit der Bitte, doch eine Veränderung zu schaffen. Das wurde jedoch abgelehnt und müssen die Arbeiter nach wie vor den weiten Weg klettern. Bei der Seilfahrt blante auch mehr auf Ordnung gegeben und dafür gefogert werden, daß das Fudeln aufhöret. Die Arbeiter, welche morgens mit den letzten Körben auffahren, finden in den Straßen schon überall die elektrischen Maschinen im Betrieb, was jedenfalls der Gefahr wegen nicht gestattet ist. Hoffentlich sieht einmal die Bergbehörde nach dem Rechte.

Zeche Königsgrube. Im Monat Juni wurden sogar 846,85 Mk. Strafgelder verhängt. So mancher Kumpel fragt sich mitunter: „Wie kommt das, daß auf manchen Zechen, wenn es auch wenige darunter sind, bedeutend weniger gestraft wird als hier?“ Die Antwort kann man schon erhalten, wenn man mit alten, lange Jahre hier arbeitenden Leuten zusammen kommt. Doch wollen wir vorläufig von einer Antwort absehen und kurz die täglichen Strafgelder folgen lassen:

Am 1. Juni	23. —	Mk.	Am 15. Juni	24,60	Mk.
" 2. "	" 44,75	"	" 16. "	" 31,00	"
" 3. "	" 11,20	"	" 17. "	" 17,10	"
" 4. "	" 7,50	"	" 18. "	" 14,50	"
" 5. "	" 6,25	"	" 19. "	" 16, —	"
" 6. "	" 42,20	"	" 20. "	" 30,20	"
" 7. "	" 84, —	"	" 21. "	" 48,45	"
" 8. "	" 103,40	"	" 22. "	" 27,50	"
" 9. "	" 54,40	"	" 23. "	" 58,80	"
" 10. "	" 62,90	"	" 24. "	" 27,50	"
" 11. "	" 42,70	"	" 25. "	" 62,10	"
" 12. "	"	"	" 26. "	"	"
" 13. "	"	"	" 27. "	"	"
" 14. "	"	"	" 28. "	"	"
" 15. "	"	"	" 29. "	"	"
" 16. "	"	"	" 30. "	"	"
				Summa:	846,85

Gewerkschaft Königin Elisabeth (Schacht Süßberg). Die Nummern werden hier an die Kohlenwagen geschrieben, was viel Ärger und auch Lohnverlust zur Folge hat. Warum werden auf Subert die Kohlenwagen nicht in der Weise nummeriert, wie es auf anderen Zechen geschieht? Bei der jetzigen Nummerierung ist es schon vorgekommen, daß einzelnen Kameradschaften bis zu zehn Wagen pro Schicht fehlten; einer oder zwei Wagen fehlen aber sehr häufig. Würden Blechmarken beschafft, so wäre den Arbeitern eine Kontrolle viel besser möglich und viel Ärger und Schaden würde ihnen erspart. Auf der fünften Sohle befindet sich keine Gebläse, sodas der Mann, der das Gebläse ansieht, nicht verhindern kann, daß es fortkommt. Hoffentlich schafft man Abhilfe.

Zeche Monopol (Schacht Grillo). Fetterschichten auf Fetterschichten wurden hier eingelegt, trotzdem verfährt ein Teil der Belegschaft noch Lieberschichten. Strafen regnet es förmlich für jede Kleinigkeit. Besonders der Obersteiger Plimphus tut sich darin hervor. Besser wäre schon, wenn der Herr etwas mehr für Verrückung der verschiedenen Uebelstände sorgte. Am Anschlag unter Tage ist beim Schichtwechsel das Gedränge so groß, daß die Arbeiter Gefahr laufen, in den Schacht gestogen zu werden. Am Fußort liegen einige Platten so schräg, daß die Arbeiter stets Gefahr laufen, zu stürzen, was schon mehreren passiert ist. Viel wird auch über Holzangel geklagt. Besonders im Revier 4 b fehlt es häufig an Laugholz. Auch an Schienen ujm. ist fast immer Mangel. Das Bedinge ist ebenfalls stark reduziert worden und fasten sehr niedrige Löhne.

Zeche Nordstern I und II (Alltagsgesellschaft Phönix). Zu der Berichtigung dieser Zeche in Nr. 26 unserer Zeitung schreibt uns unser Gemährsmann: „Es ist und bleibt eine unangenehme Tatsache, daß beim Einfahren bezw. beim Ausfahren in der geschützten Weise verfahren wird. Richtig mag ja sein, daß von dem Nachtwächter Spies die Uhr reguliert wird. Vielleicht ist aber dem Herrn Wiesmann ein Käfer ins Uhrwerk geraten? Die Mängel in der Blumenstraße zu beseitigen, ist ein starkes Stück. Jeder Laie, jeder Passant, jeder Fußmann, jeder Anwohner, sogar der aufstufführende Beamte wird gegebenenfalls diese Mängel zugehen müssen.“

Zeche Nordstern, Schacht I und II. In unserer Nr. 22 brachten wir von dieser Zeche eine Notiz, worin am Schluß gefragt wurde: Wo bleibt der Arbeiterauschuß? Darüber führt sich nun der Arbeiterauschuß anscheinend sehr beschwert und spielt in der Nr. 24 des „Bergknappen“ die getränkte Leberkur. Der Schreiber unserer Notiz soll keine Ahnung von Berggesetz und von den Aufgaben des Arbeiterauschusses und demselben auch noch keine Beschwerden zu Gehör gebracht haben. Die

Leute, die sich vor 8 Uhr, also vor Schluß der Seilfahrt hätten nach Hause schiden lassen, hätten keine Ahnung vom Berggesetz, sonst hätten sie den Unfall an Lohn am Berggewerbegericht eingeklagt. Der Zentrumsverwalter, dessen Ausschütsmitglied er eine so „leisdrubliche“ Kenntnis des Berggesetzes verraten, ihm aber trotzdem immer noch Gefolgschaft leisten, ist wirklich zu benehden. Bei seinem „gründlichen“ Studium des Berggesetzes scheint der Ausschüts die reale Wirklichkeit vergessen zu haben, sonst müßte ihm bekannt sein, daß derjenige, der die Beche am Berggewerbegericht verklagt, ruhig sein Abbaufeld und wandern kann. Und müßte ihm bekannt sein, daß die Arbeiter dem Ausschüts nur dann Beschwerden unterbreiten, wenn sie zu ihm Vertrauen haben. Wenn das auf Nordstern nicht geschieht, so ist das ein Beweis, daß der Ausschüts das Vertrauen der Belegschaft nicht besitzt. Der Ausschüts scheint durch sein „gründliches“ Studium des Berggesetzes in eine solche Weltabwesenheit verlegt zu sein, daß ihm alles und jedes, was auf Nordstern geschieht, völlig entgeht. Dafür zeigt er sich aber besser in der Bergknappenvereinschaft zu Hause, denn er zitiert daraus, daß auch auf Wolke, Schacht III und IV und Konstantin, wo die Ausschüts dem Verband angehört, Mißstände bestehen. In seiner Nr. 22 teilt der „Bergknappe“ eine Anzahl Mißstände mit, die auf Wolke, Schacht III und IV vorhanden sein sollen und knüpft daran die bliffige Bemerkung: „Werken wollen wir noch, daß wir es auf dieser Zeche mit einem Ausschüts vom sozialdemokratischen Verbands zu tun haben.“ Zu ihrer Beruhigung wollen wir dem „christlichen“ Ausschüts von Nordstern und dem „Bergknappen“ mitteilen, daß in den Revieren I, II, III, und IV in denen auf Wolke die meisten Mißstände herrschen und auf der dritten Sohle (Bildes Revier, wo das Wasser in der Strecke so hoch steht, daß kein Arbeiter trocknen Fußes hindurchkommen kann, ein „christliches“ Ausschütsmitglied fungiert. Damit sind die „guten“ Seelen doch wohl zufriedengestellt. Zu übrigen sollte man, statt von einer „gewissen“ Sorte zu fasseln, lieber vor der eigenen Tür lehren.

Zeche Neumühl. Der Portier der hiesigen Menage wurde nach Zwickau geschickt, um Arbeiter anzuwerben. Der Herr gab sich dort als Obersteiger aus und versprach den Kameraden goldene Berge, sodas es ihn gelang, einen großen Teil anzuladen. Zwar ist der größte Teil wieder abgereist, trotzdem vergeht fast keine Woche, wo nicht neue Transporte angeladeter Arbeiter antommen. Die Belegschaft, die sich aus fast allen Nationalitäten, ausgenommen Russen, zusammensetzt, trägt aber auch viel daran die Schuld, daß es den Agenten immer noch gelingt, neue Opfer heranzuholen. Würden die einzelnen Arbeiter ihre Kameraden in der Heimat schriftlich vor den hier herrschenden schlechten Verhältnissen warnen, dann wäre den Agenten das Handwerk bald gemacht. Kommen die Arbeiter aus ihrer fernem Heimat aber einmal weißt völlig mittellos hier an, sind sie auf Gnade und Ungnade der Beche angewiesen. Fallen sie dann noch den Uebalshungsgefahren in die Hände, kommen sie aus den Schulden nicht heraus, sind für unsere Organisation nicht zu gewinnen und müssen so zu Lohnbrüchern und bei Streiks zu Streikbrechern werden. Wie der angeladene Arbeiter müssen aber wieder in ihre Heimat zurückwandern, weil sie vom Arzt für nicht gesund oder tauglich zur Grubenarbeit befunden werden. Meist trifft dieses Schicksal ältere verheiratete Arbeiter, welche dadurch in die höchste Not geraten. Gegenwärtig werden wieder Lieberschichten auf Lieberschichten verfahren. Jede Woche und zwar Mittwoch und Samstag soll eine Lieberschicht verfahren und vollgefogert werden. Man bereitet sich also schon vor, um bei Ausbruch des drohenden Bergarbeiterstreiks in England dieses Land mit Kohlen überflutet zu können. Mühen sich die Herrschaften nur nicht verrechnen.

Zeche Rheintal (Schacht I und II). Auf diesem Pitt scheint die Krise so recht ihren Einzug gehalten zu haben. Das Bedinge ist sehr gekürzt worden, das Strafwesen steht in hoher Blüte und die Behandlung der Arbeiter läßt vieles zu wünschen übrig, besonders durch den Herrn Betriebsführer Deesberg. Früher war diese Zeche eine Mustergrube, aber in letzter Zeit haben jeden Monat sehr viele Arbeiter gekündigt. Es ist das auch sehr erklärlich. Denn wo dauerlöhne ausbezahlt werden von 3,60, 4,00 bezw. 4,20 Mk., liegt es auf der Hand, daß die Kumpels nicht länger auf diesem Pitt bleiben wollen und anderwärts ihr Glück versuchen. Der Arbeiter konnte früher bei seinem Steiger kündigen, aber da die Zahl der Kündigungen jeden Monat zunahm, darf der Steiger keine Kündigungen mehr annehmen, sondern der Herr Betriebsführer will sich die Leute selbst ansehen, die da kündigen. Kommt da am 15. Juni ein Kamerad auf das Bureau, um zu kündigen, worauf ihn der Betriebsführer erklärte: „Dann fragen Sie Ihren Vater, daß er auch kündigt, dann können sie ihn ja mitnehmen; ihr wollt wohl auf eine Zeche, wo es von selbst geht?“ So werden die Leute noch verhöhnt! Der Betriebsführer sollte lieber für genügend Holz und für die Reparaturen sorgen. Die Zeche hat auch eine neue elektrische Fördermaschine angelegt. Um nun eine tüchtige Förderziffer zu bekommen, werden des Nachts von allen Arbeitern Wagen vollgefogert. Dieses wäre nicht so schlimm, wenn nicht die Reparatur darunter zu leiden hätte? Nicht allein mit den Arbeitern springt der Betriebsführer so um, sondern auch mit den Steigern, denn die wissen nicht, ob sie Reviersteiger, Mittagsteiger oder Nachtssteiger sind. Es kommt auch vielfach vor, daß dieselben doppelte, sogar dreifache Schicht machen müssen. Wenn es dem Herrn Betriebsführer einfielkt, den Steiger auf zu schwängen, so geschieht es z. B. folgendermaßen: „Ihre Wagen sind nicht genügend geladen; bleiben Sie heute nachmittag mal unten am Schacht und sehen sich mal ihre Wagen an“ ujm. Man sieht, Beamte und Arbeiter sind nur Werkzeuge um Werte zu schaffen.

Mühlhaufen. Zu unserer Notiz in Nr. 24 erhalten wir von Zeche Königsgrube unter Berufung auf das Berggesetz folgende fögenannte Berichtigung: „Es ist unwar, daß den Arbeitern von Zeche Königsgrube für Lampenreparaturen mehr als die Selbstkosten angerechnet, und daß den Arbeitern für Lampen, die nicht repariert werden sind, Reparaturkosten angerechnet werden. Ferner ist unwar, daß von den Abzügen die Bedienungsleute der Lampenbude bezahlt werden. Hochachtungsvoll: Magdeburger Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Bonader Schmidt.“

Königreich Sachsen.

Zur Lage der Bergarbeiter in Johanngeorgenstadt.

Es ist kaum zu glauben, welche erbärmlichen Zustände für die Arbeiter auf den Erzgruben in Johanngeorgenstadt bestehen. Das Jahrsbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen gibt für das Jahr 1907 einen Durchschnittslohn für die Bergarbeiter in Johanngeorgenstadt von 730 Mark 70 Pfennig an. Diese Erzgruben sind fiskalisch und man muß sich wundern, wie der Vater Staat für seine Arbeiter sorgt. Es gibt also im ganzen Königreich Sachsen kein einziges Bergrevier mehr, wo die Arbeiter für solche Hungerlöhne bei 10stündiger Schicht arbeiten. Betriebsleiter ist der Betriebsdirektor Poller. Diese Löhne von 730 Mark 70 Pfennig sind für das Jahr 1907 berechnet, wo doch im Bergbau in ganz Deutschland infolge der guten Konjunktur immer etwas verdient wurde. Auf diesen Segen mußten die armen Teufel in Johanngeorgenstadt verzichten. Durch Umfrage bei den dortigen Bergarbeitern hat man in Erfahrung gebracht, daß die angegebenen Durchschnittslöhne im Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen nicht einmal richtig sein können, sondern noch niedriger sind, als wie angegeben. Bei einer Reihe von Leuten hat man erfahren, daß sie wöchentlich 9 und 10 Mark, die etwas besser gestellten 11 und 12 Mark verdienen. Wo kommt da ein jährlicher Lohn von 730 Mark heraus? Wir werden noch weiter nachforschen, um die Wahrheit zu erfahren, aber jetzt steht schon fest, daß der Durchschnittslohn der Vermittler in Jahre nur etwas über 600 Mark betragen wird. Wie kommt diese Differenz zustande? Es wurde uns von den Leuten versichert, daß, wenn zwei Hauer vor Ort im Bedinge arbeiten, so werden sie von Herrn Direktor Poller angehalten und bestimmt, daß ein jeder Hauer an den Fördermann jede Woche noch zwei Mark abgeben muß, also hat die Betriebsleitung nur noch 5 Schichten an den Fördermann auszugeben. Nehmen wir zum Beispiel an, zwei Hauer hätten in einer Woche 10 Mt. 25 Pfr. verdient. Davon werden ihnen noch zwei Mark in Abzug gebracht für den Fördermann, sodas ihnen noch insgesamt 17,25 Mt. oder pro Mann und Woche 8 Mark 62 1/2 Pfennig verbleiben. So werden die Arbeiter im Staatsbetrieb in Johanngeorgenstadt bezahlt. Wie steht es nun mit der Behandlung der Arbeiter? Der Obersteiger Redwagen hat den Bauern erklärt: „Treibt die Förderleute an und wenn sie stürzen müssen.“ Der Herr Direktor und Reserveoffizier Poller hat 11 Mann seiner Belegschaft mit je 1 Mk. bestrahlt, weil sie nicht auf Anordnung in die Kirche gingen. Von dem Hungerlohn von wöchentlich 8, 9 und 10 Mark wurden den Arbeitern noch eine Mark Strafe in Abzug gebracht, weil sie nicht auf Kommando in die Kirche gehen; ist das nicht himmelfärend? Dieses Wortkommis spielte sich im Jahre 1908 ab. In diesem Jahre ordnete der Herr Poller den Kirchgang der Bergleute an. Damit nun nicht der eine oder der andere von den Bergleuten der Kirche wieder entschäpfen konnte, stellte er einen Schächmann als Posten zur Ausübung der Kontrolle vor die Kirchentür. Dieses passierte im besten Sachsen im Jahre 1909. Den

Einmal, den die Arbeiter unter diesen Umständen machen, ist tieftraurig und mitleiderregend; als Hochgenuss betrachten sie eine Tabakspfeife mit einem schlechten Schnaps. Damit finden sich die Leute in ihrer traurigen Lage ab. Abgestumpft für alles Leben da hin, nicht wissend, was in der Welt vorgeht. Die Arbeit, die die Leute bei der Erzeugung leisten müssen, ist überaus eine sehr schwere und ungesunde, alles muß durch Sprengschüsse gelöst werden. Weiter unten werden nicht vor die Arbeiter geleitet, sondern der Dynamitbau von einer Schicht zur anderen immer noch vor Ort. Alle heute wollen wir schließen, doch wollen wir bemerken, wenn ein Herr Hart Hauptmann für diese Verhältnisse erkläre und ein Deamie, anstatt über die Weber in Entlegenheit ein solches über die Erzbergler in Johanneurgentstadt schreiben würde, es würde noch viel gerühmter ausfallen.

Deutschlandsacht. (Oelschlag-Anwanger Revier.) Ein Mann von ganz besonderem Umfange und Bildung scheint der Obersteiger Fischer des genannten Werkes zu sein. Den einzelnen Arbeitern tritt dieser Mann sehr schroff gegenüber. Ausdrücke wie Faulenzer und dergl. mehr, sind keine Seltenheiten. Gest vor kurzer Zeit ist dieser „gebildete Mann“ vor den Orten 9, 12, 15, 17 usw. den Arbeitern in sehr verlegener und beleidigender Weise entgegengetreten. Immer und immer wieder sind ihm Herrn die Leistungen ungenügend, weil eben Forderungen gestellt werden, die kein Mensch erfüllen kann. Sucht der Arbeiter seinen Standpunkt zu wahren, so muß er noch gewärtig sein, auf's Plaster zu liegen, wie schon einige Beispiele gezeigt haben.

Verinsglück. Es ist eine alte Erfahrung, daß bei ungünstiger Beschäftigung der Arbeiter der am meisten dabei Geschädigte ist. Nicht nur, daß die Löhne eine ständige Tendenz aufwärts, auch die Sicherheit der Arbeiter schwindet mit dem Grad der Krise. Dies letztere haben in kurzer Zeit verschiedene Arbeiter von Verinsglück erfahren, indem ihnen merklich gefährlich wurde. Vor allen Dingen wird versucht, Verinsglück des Bergbauers oder Wittigleber des Bergbauers aus dem Arbeitsverhältnis zu bringen. Auch der Obersteiger Ströhm von Verinsglück sieht sich als Verinsglück aufzufassen. Nun Herr Ströhm, wenn Sie sich „vorne“ Bände herauszubringen wollen, wird es noch manchen „Schweißtröpfchen“ kosten, unser Willkür haben Sie im voraus. Aber wir möchten Ihnen den guten Rat geben, einzelne Ihrer Arbeiter nicht wieder zu provozieren, um dann eventuell eine Handhabe zur Entlassung zu haben. Fragen Sie sich selbst, ob das gerecht zu nennen ist.

Verinsglück. (Hohndorf.) Allem Anschein nach geht es mit den „Königstreuen“ Knappen immer tüchtig abwärts. Darauf lassen wir uns nicht ein. Die Aufstreugungen schließen, die von einer Reihe von Beamten im hiesigen Revier gemacht werden, um dieser gelben Gewerkschaft neue Mitglieder zuzuführen. Keine Mittel sind ihnen hierzu zu schlecht, um zu ihrem gewöhnlichen Ziel zu gelangen. Allem Anschein nach gehen diese Herren von dem Grundgedanken aus: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Den Vogel hat aber Verinsglück in dieser Beziehung abgeschossen. Vor noch nicht langer Zeit wurde einigen Zagejungen nämlich eine Beitritts-erklärung zu den „Königstreuen“ Knappen in die Hände gespielt. Wir wissen zwar nicht, ob diese halben Kinder freiwillig beitreten wollten, oder ob die Väter derselben den Beitritt wünschten. Unsere Vermutung geht jedoch dahin, daß dies das Werk irgend eines Beamten resp. Angestellten gewesen ist. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig! Den Vätern aber, von denen ein Junge auf diesem Werke arbeitet, möchten wir hiermit ans Herz legen, ihre Kinder aufzuklären, damit sie nicht in den Netzen der „Königstreuen“ Agenten hängen bleiben.

Hannover, Braunschweig, Sassen-Lippe.

Grube Glückauf. Seit dem 23. März v. J. liegen noch sieben tote in der Grube, die bisher noch nicht geborgen werden konnten und schon wieder hat sich ein tödlicher Unfall ereignet; der Leich wird ebenfalls geborgen werden können. Am 25. Juni war der Bergmann Heine, 40 Jahre alt, der fünften Sohle damit beschäftigt, die Wagen, welche von und nach der vierten Sohle im Hilfsflagen befördert werden, an- und abzulassen; die beladenen Wagen mußte er dann nach dem Kettenberg und die leeren Wagen von dort nach dem Hilfsflagen bringen. Dabei wurde er von einem im Bremsberg herunterlaufenden Wagen, der sich losgelöst hatte, getroffen und ihm ein Bein völlig abgequetscht, so daß er nach einer Stunde an Verblutung starb. Früher wurden an dieser Arbeit vier Mann beschäftigt, die aber jetzt von zwei Mann verrichtet werden sollte. Unter diesen Umständen war es den Leuten allerdings nicht mehr möglich, mit der nötigen Vorsicht ihre Arbeit zu verrichten und die Folge ist nun dieser bellagene Unfall, wodurch ein Menschenleben vernichtet wurde.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Samontschicht. „Ach was, ich werde auch verfluchten Schleppe die Tage mit rausnehmen!“ So antwortete der Luiseher Hartmann von der zweiten Abteilung oben genannten Schachtes einem Schleppe, der, weil er total durchnäßt war, nicht in dem kühlen Zuge unter dem Schacht bis zur Seilschaft warten wollte. Dafür aber nahm der betreffende Beamte einen seiner Freunde mit auf den Kopf, der eigentlich erst recht kein Recht dazu hatte, weil derselbe ganz trocken war. Wie bedröht doch Herr Meertens in Gottesberg und Neu-Lässig? Sei deutsch, fühle deutsch und bringe deinen Beamten Liebe entgegen. Derselbe Appell würde natürlich an die anwesenden Beamten ebenfalls gerichtet, mit welchem Erfolg, zeigt obiger Vorfall.

Fuchsgrube. Trotzdem hier immer noch fleißig zwölfstündige Schichten versehen werden, sollte man, wenn man die Behandlung die die Herren Beamten den Arbeitern zuteil werden lassen, meinen, daß der Beschäftigung ein miserabler sein müßte. Besonders ist es in der dritten Abteilung der Meistersteiger Schreiber, welcher sich in punkto Behandlung der Arbeiter wenig bemüht gemacht hat, was folgender Fall beweist. Am 10. Juni war der Anschläger am Bremsberg, Flöz 21, mit Holzaufladen beschäftigt. Trotzdem das Holz der Vorschrift gemäß aufgeladen war, blieb infolge schlechter Zimmerung der Wagen an einer total zerbrochenen Klappe hängen und stürzte infolge des Unfalls den Bremsberg herunter. Trotz Verlegung hundert Arbeiter, daß das Holz vorschriftsmäßig aufgeladen worden war, erhielt der verheiratete Anschläger nicht nur Geldstrafe, sondern wurde noch extra mit einer Haft bestraft und dieses alles, weil der Luiseher Kaufsche ein Vergehen des Anschlägers festgestellt zu haben glaubte. Nach der Schicht ließ der Meistersteiger den Sünden aus der Wäsche zum Verhör rufen. Doch das Gebrahl des Steigers sowie des Luiseher ließ den Arbeiter nicht zur Aussage kommen, es blieb deshalb bei der Kündigung sowie der Strafe. Und das von Rechts wegen.

Coef. Fuchsgrube. Nur zum Wohl ihrer Arbeiter läßt die Verwaltung dieser Grube gepökeltes Ochsenfleisch, sogar Fische, Wüdinge usw. schicken. Auch des Wandschmides soll das Arbeiterheim nicht entbehren und um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, nimmt die Verwaltung sogar Bestellungen auf Silber, welche die kaiserliche Familie dortstellen, entgegen. Wenn der Bergmann nun für seine schwere mühevollen, überlangen Arbeit auch nur einen Hungerlohn verdient, was tut's, er hat ja sein Kaiserbild, woran er sich satt sehen kann. Trotz der elenden Löhne werden aber auch noch für jede Kleinigkeit hohe Strafen verhängt, nur damit der Arbeiter nicht zu ärmlich wird. Aus diesem Grunde werden auch die Schichtlöhne und Bedinge auf's äußerste reduziert. Im nächsten Quartals hat eine sog. Schwingbühne, welche den an sie gestellten Anforderungen nicht genügt. Nur mit Aufbietung aller Kräfte sind die Arbeiter imstande, die Wagen darüber hinwegzuschaffen. Kommt der Steiger zu munter er sich, daß die Arbeiter so ärmlich sind, nach den Umständen die. Und fragst er nicht: Dem Arbeiter ist aber auch gefallt, sich zuhelfen zu organisieren; den Aufnahmestellen erhält er beim Bahnermeister Hoffmann. Was den Feierabend können sie gratis erhalten und sogar den Flottewerein dürfen sie beitreten, sie brauchen sich nur in der Materialverwaltung zu melden. So sucht man es dem Arbeiter leicht zu machen, seinen Hunger zu vergessen.

Die Krise im Bergbau

führt für die Bergarbeiter immer schlimmere Folgen, immer rücksichtsloser wird das Vorgehen der Grubenherren. Zu welchen wirklich kläglichsten Mitteln man greift, um auch bei der ungenügenden Konjunktur kein Schädigen in's Erzode zu bringen, dafür liefert jede Dorfstraße einen sehr anschaulichen Beweis. Früher erhielten die Arbeiter, welche verheiratet waren oder für Eltern zu sorgen hatten, monatlich einen Wagen Deputat. Dieses Quantum erziehen der Verwaltung zu hoch und so werden jetzt die Deputatwagen ausgewogen, was zur Folge hat, daß die Arbeiter zwei bis drei Zentner weniger zu früher erhalten. Eine Anzahl Arbeiter wandte sich darauf in einem Schreiben an den Grubenbesitzer, Herrn Professor Trippe mit der Bitte, die Kohlen wieder in der Weise wie früher auszugeben, das legte dieser Herr jedoch ab mit der Begründung, die Arbeiter würden dadurch benachteiligt. Also lediglich aus Rücksichtnahme, nur um die

Arbeiter nicht zu benachteiligen, hat es Herr Professor Trippe abgelehnt, den Wunsch der Arbeiter zu erfüllen. Weiter hatte Herr Professor Trippe in seinem Antwortschreiben auch hervorgehoben, daß ein großer Teil der Arbeiter mit der neuen Form der Kohlenausgabe sehr zufrieden sei und viele Arbeiter ihm gesagt hätten, sie freuten sich, daß die Kohlen nicht mehr in früherer Weise verpackt würden, dadurch seien sie wenigstens vor Benachteiligung geschützt. Es blieb den Antragstellern nun nichts anderes mehr übrig, als die Belegschaft um ihre Meinung zu befragen. Zu diesem Zweck fand am 27. Juni eine Belegschaftsversammlung statt, welche außerordentlich stark besucht war, um zu dieser und verschiedenen anderen Fragen Stellung zu nehmen. Auch Herr Professor Trippe war erschienen und kam es zu recht lebhaften Auseinandersetzungen, weil er nicht gelten lassen wollte, was andere sagten, sondern immer wieder erklärte, er habe Recht, alle anderen dagegen Unrecht oder sie lerten sich. Von Wunsch der Belegschaft, die Kohlen wie früher auszugeben, erklärte er nicht erfüllen zu können, weil die Arbeiter dadurch benachteiligt würden. Nach Trippe fordern also die Arbeiter etwas, wodurch sie benachteiligt werden, und das kann er im Interesse der Arbeiter nicht ausgeben. Er erklärte sogar, er könne es nicht mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, dem Wunsch der Arbeiter entsprechend das neue System der Kohlenausgabe wieder aufzuheben. Herr Trippe ist in der Tat so arbeitsunfähig, daß Arbeiter und Beamte vor ihm eine Heidenangst haben. Seine Arbeiterfreundlichkeit mißt auch durch folgende Tatsache bewiesen. Per Uebersehuh der Gewerkschaft Dorfheld betrug:

1007	1908	Ist Mehrgewinn
1 248 921 Mt.	1 508 881 Mt.	260 000 Mt.

Der Mehrgewinn gegen das Vorjahr betrug also im Krisenjahr 1908 260 000 Mt., die Löhne der Arbeiter aber sind um mehr als zehn Prozent gesunken. So zeigt sich das arbeitsunfähige Herz des Herrn Professors Trippe. Trotzdem er sich in der Versammlung fast ein Dutzendmal zum Wort meldete und sich förmlich in Schweiß redete, gelang es ihm nicht, auch nur einen Arbeiter von seiner Arbeitsunfähigkeit zu überzeugen, im Gegenteil, die Belegschaft hat einmal ihren Direktor so keinen gelernt, wie er wirklich ist. Auch das ist ein Erfolg und zwar ein Erfolg, wie ihn Herr Professor Trippe weder gewollt noch vorausgesehen hat.

Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: Die Belegschaftsversammlung der Zeche Dorfheld erstattet sich, der Verwaltung folgende Wünsche und Beschwerden mit der Bitte um Berücksichtigung bezw. Abstellung derselben zu unterbreiten:

1. Versammlung erbittet in dem Auswiesigen der Brandkohlen an die Bezugsberechtigten eine Benachteiligung gegenüber dem früheren Zustand, weil dieselben jetzt zwei bis drei Zentner weniger erhalten. Zudem kommt es häufig vor, daß sich Kohlenstücke in dem Trichter des Stakens, woraus die Kohlen verladen werden, festsetzen und nur die Feinkohlen durchlaufen, so daß der eine Bezugsberechtigte nur die schlechtesten Feinkohlen, der andere aber zumeist Stückkohle erhält. Versammlung ersucht die Verwaltung darum, die Ausgabe der Brandkohlen wieder wie früher erfolgen zu lassen und weiter, jedem Bezugsberechtigten monatlich einen Wagen Kohlen zu verabsorgen.

2. Die Seilschaft beginnt des Abends auf Schacht I gewöhnlich um 6 bis 10 Minuten zu spät, so daß der auszufahrenden Mittagsschicht die Schichtzeit in ungenügender Weise verlängert wird. Nach 10 Uhr läßt man noch volle Kohlenzüge einziehen, so daß die ganze Mittagsschicht über die Wagen flackern muß. Dadurch werden die Nummern an den Kohlenwagen vielfach verwechselt, wodurch dieselben den Kameradschaften dann verloren gehen.

3. Auf der sechsten Sohle, Schacht II und III könnte am Stillort während der Seilschaft für etwas mehr Platz gesorgt werden. Häufig sind beide Schienenwege mit Wagen dicht belegt, so daß immer ein großes Gedränge entsteht und die Arbeiter fast nicht aneinander vorbeikommen können.

4. Die Kohlenwagen auf Schacht I müssen 1/2 Fuß über den Wagenrand aufgesetzt werden, so daß auf dem Transport viele Kohlen verloren gehen, wodurch der so gefährlichen Kohlenstaubbildung ganz besonders Vorschub geleistet wird. Zudem entsteht dadurch für Schleppe und Lehrling in niedrigen Strecken die Gefahr, daß Bölder weggerissen werden können, was Unfälle und Quetschungen zur Folge haben muß.

5. Besonders in letzter Zeit wird eine sehr scharfe Kontrolle über die geförderten Kohlenwagen geführt. Hat ein Wagen während des Transports etwas gelitten oder sind die Kohlen etwas unrein, werden gleich sehr erhebliche Streichungen vorgenommen. Versammlung ersucht, in dieser Beziehung eine Milde rung eintreten zu lassen.

6. Geht es über Mangel an Leitungsschienen und sonstigem Material. Besonders fehlt es den Reparaturmann in einigen Revieren des Nachts an Holz, Mangel an Draht- und Schienenägeln u. dgl. Materialien tritt auch häufig dadurch ein, daß der vom Steiger angestellte Schein noch erst vom Betriebsführer oder dessen Stellvertreter unterschrieben werden muß, die aber sehr oft nicht mehr anzutreffen sind. Versammlung erbittet hierin einen Mangel an Vertrauen zu den Steigern, wodurch deren Ansehen bei der Belegschaft außerordentlich untergraben wird. Zu wünschen wäre auch, daß für die Nachtschicht ebenfalls des Abends Materialien ausgegeben würden.

7. Die Löhne und Bedinge sind mit Rücksicht auf die Verhältnisse viel zu stark reduziert worden. Die Bedinge stehen vielfach so niedrig, daß es vielen Kameradschaften bei der größten Anstrengung nicht mehr möglich ist, etwas zu verdienen. Diese Kameradschaften sind dann auf Gnade und Ungnade der Zechenverwaltung angewiesen und erfahren gewöhnlich erst am Lohntage, was sie verdient haben. Auf Schacht I müssen aber trotzdem noch Uebersehungen verfahren werden. Es gibt einzelne Kameradschaften, die jede Woche eine Uebersehung erfahren, ein Beweis, daß die Verhältnisse für die Zeche doch nicht allzu ungünstig liegen können. Daher rechtfertigen sich die Lohn- und Bedingereduzierungen auch nicht in dem Maße, wie sie tatsächlich vorgenommen wurden. Versammlung hält es nicht für gerecht, die Folgen der wirtschaftlichen Krise derart nur auf die Arbeiter abzuwälzen und spricht die Hoffnung aus, daß die Verwaltung nach dieser Richtung bald eine Besserung eintreten läßt.

8. Die Faserberghäuser im Flöz 14, Schacht I, sind zu eng und niedrig und es wäre notwendig, daß eine Erweiterung erfolge. Die östliche Richtung im Flöz 14, Revier 4 ist sehr naß und wäre Uebhilfe unbedingt notwendig.

9. Im Flöz F Revier II, Schacht II und III, wird ein Betriebspunkt durch abfallende Luft bewettert. Im Revier I, Flöz Präsident, Ort 3, soll im Ueberhauen die Wetterung detart schiedt sein, daß häufig eine Temperatur von 29 bis 30 Grad Celsius dort herrsche. Trotzdem hat die Kameradschaft, entgegen den gesetzlichen Vorschriften, in achtstündiger Schicht arbeiten müssen.

10. Die Art, wie Fahrhauer Henry die Arbeiter behandelt, gibt zu vielen Beschwerden Anlaß. Versammlung erwartet, daß dieser Herr sein Verhalten den Arbeitern gegenüber der nötigen Revision unterzieht.

11. Ein großer Teil der Arbeiter beklagt sich auch über die illoyale Haltung der Verwaltung, die es nicht einmal gestattet, daß Begräbnisangelegenheiten von Verbandsmitgliedern im Fenster der Wachenbude ausgehängt werden, während allen sonstigen Vereinen gestattet wird, ihre sämtlichen Bekanntmachungen dort auszuhängen. Versammlung spricht den Wunsch aus, daß man auch die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in gleicher Weise behandelt und ihnen das gleiche Entgegenkommen zeigt, wie den Mitgliedern und Vorständen aller sonstigen Vereine.

12. Die Arbeiter in der Lampenbude müssen in zwölfstündiger Schicht arbeiten. Da diese Arbeit aber sehr gesundheitschädlich ist, trotzdem aber meist nur ältere Invaliden oder schwächere Personen zu einem geringeren Lohne dort beschäftigt werden, hält es Versammlung für ein Verbot der Gerechtigkeit, wenn für diese Arbeiter die achtstündige Schicht eingeführt wird.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein „Christlicher“ Arbeitervertreter.

Am 9. Juni tagte in Wilhelmshöhe bei Cassel die Kommission zur Verhütung von Unglücksfällen in Bergwerken. Sämtliche Sektionen der Knappschaftsberufsgenossenschaft waren vertreten und zwar 15 Arbeiter- und 15 Berufsvertreter. Den Vorsitz führte ein Vertreter des Reichsversicherungsamts. Auf der Tagesordnung stand: Unfallverhütungsvorschriften für die der Aufsicht der Bergbehörde nicht unterstehenden Betriebe, die aber zur Knappschaftsberufsgenossenschaft gehören.

Darauf brachte der Vertreter des Gewerkschafts Bergarbeiter-Gesellschaft den Antrag ein,

daß diejenigen Arbeiter, welche in diesen Betrieben beschäftigt sind und bei Benutzung von Bremsbergen oder Aufzügen einen Unfall erleiden, keine oder nur eine Teilkrente erhalten sollen.

Sogar der Vertreter des Reichsversicherungsamts und einige Vertreter der Werkbesther wandten sich entschieden gegen diesen Antrag, in dem eine zu große Härte liege. Das führte jedoch den Vertreter Berger in seinem „christlichen“ Empfinden nicht, er ging von seinem Antrag nicht ab. Bei der Abstimmung stimmten mit Ausnahme von Berger sämtliche Arbeitervertreter und sogar ein Teil der Berufsvertreter gegen diesen unerhörten Antrag.

Und der Mann, der diesen unerhörten Antrag stellte und dadurch die Interessen der Arbeiter, seiner Klassenossen, in der unglaublichen Weise mit Füßen trat, nennt sich noch immer „christlich“. Hat denn dieser Mann jedes menschliche Gefühl für seine Klassenossen verloren? Weh er denn nicht, daß, wie die Verhältnisse liegen, die Arbeiter häufig direkt gezwungen sind, Bremsberge und Aufzüge zu benutzen? Ist nicht jeder Bergmann unzählige Male in seinem Leben gezwungen, Bremsberge und Aufzüge zu benutzen? Sind die Arbeiter in solchen Bremsbergen nicht fortgesetzt gezwungen, den Wagen oder Bremskorb herunterzulassen? Und weiß das alles nicht auch der sich „christlich“ nennende Vertreter Berger? Ist es ihm in seiner Praxis als Bergmann nicht auch häufig passiert, daß er Bremsberge oder Aufzüge benutzen mußte? Und dieser Mann stellt trotzdem und alledem den unglaublichen, unerhörten Antrag, daß den armen Arbeitern, die hierbei einen Unfall erleiden, keine oder nur eine Teilkrente gezahlt werden soll!!!

Ein Verstoß des Bornes und der Beschämung muß jeden ehrlich denkenden Arbeiter angefaßt dieser tieftraurigen Tatsache erfassen. Berger gehörte zusammen mit Innmann-Gesellschaft, Zumbusch und Effert auch der bekannten Kommission an, die dem Zentrum nach Wiesbarts die Annahme des Gesetzes anraten hat, wodurch den Invaliden das Wahlrecht und das Recht der Wählbarkeit als Knappschaftskälte genommen wurde. Die christlichen Bergarbeiter haben wirklich keine Ursache, auf ihre Vertreter stolz zu sein.

Die Kriegervereine kapitulieren vor den freien Gewerkschaften.

Auf dem Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerbundes und des preussischen Landes-Kriegerbundes am 4. und 5. Juli in Eisenach wird nach einem Bericht der „Mittelischen Zeitung“ vom 30. Juni die Bundesversammlung folgenden Antrag zur Verhandlung bringen:

1. In den Verbands- und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuklären und bei geeigneter Gelegenheit an die Betätigung ihrer Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erinnern. 2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, so lange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen. 3. Die beruflichen Interessen der Kameraden Arbeiter sind außerhalb der Verbands- und Vereinsaktivität durch geeignete Kameraden tunlichst zu fördern, insbesondere durch solche, welche als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer oder in anderer Eigenschaft dem gewerblichen oder industriellen Leben nahesteht.

Der Westfälische Kriegerverband, der, wie das genannte Blatt weiter berichtet, an 170 000 ehemalige Soldaten in sich vereinigt, hat zu diesem Antrag auf seinem Vertretertag, der am 20. Juni nach Langendreeb einberufen war, Stellung genommen. Der Vorstand des Westfälischen Provinzialverbandes schlug vor, dem Absatz 2 folgende Fassung zu geben:

„Auf die Dauer können Mitglieder der Kriegervereine nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, so lange die letztern unter sozialdemokratischer Leitung stehen oder sozialdemokratischen Zwecken dienen. Die Kriegervereine haben daher auf eine Scheidung hinzuwirken.“

Der Berichterstatter, Fabrikant Schulz-Hagen, wies auf die folgende schwere Bedeutung der Anträge der Bundesleitung hin. Bei den Verhandlungen im Präsidium des Deutschen Kriegerbundes habe die Auffassung geherrscht, daß in den freien Gewerkschaften die Sozialdemokratie die Oberhand habe, und aus dieser Auffassung seien die Anträge entstanden. Der Verein Dielefeld habe die Streichung des Absatzes 2 beantragt, mit dem Hinweis, daß bei scharfem Vorgehen die Kriegervereine unter Umständen die Hälfte ihrer Mitglieder verlieren könnten. Der Vorstand des Westfälischen Provinzialverbandes habe daher eine Vermittlung gesucht und dazu die Abänderung des Absatzes 2 vorgeschlagen. In der Erörterung blieb kein Zweifel, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln scharf bekämpft werden müsse, aber die meisten Redner sprachen gegen die Anträge 2 und 3 der Bundesleitung. Man könne die Kameraden nicht zwingen, den freien Gewerkschaften zu entgehen. Die Anträge der Bundesleitung seien ein Sprung ins Dunkle. Auf den Antrag des Rechtsanwalts Mummennhoff Bochum lehnte der Westfälische Vertretertag die Absatz 2 und 3 mit großer Majorität ab.

Die westfälischen „Krieger“ freiden also vor den freien Gewerkschaften völlig die Segel, nachdem sie dieselben jahrelang mit den schäblichsten Mitteln bekämpft haben, weil sie befürchteten, sonst die Hälfte ihrer Mitglieder zu verlieren. Hier bewahrheitet sich wieder einmal das Sprichwort: Die Entwicklung in ihrem Lauf, hält weder. Das noch viel auf Bemerkenswert ist aber auch die Ablehnung des Absatzes 3, der die gegenseitige Förderung der beruflichen Interessen im gewerblichen und industriellen Leben fordert. Es scheint demnach, daß die Herren „Krieger“ recht trübe Erfahrungen miteinander gemacht haben, anders läßt es sich nicht erklären, daß sie zur Ablehnung eines solchen Antrages kommen.

Bergknappe, Lehre vor der eigenen Tür.

In seiner Nr. 23 beschäftigt sich der „Bergknappe“ unter der Ueberschrift: „Ein weiterer Versuch zur Spaltung der Bergarbeiterbewegung“, mit dem angeblichen Pläne von Verbänden aus Gladbeck, einen neuen „Allgemeinen deutschen Bergarbeiterverband“ zu gründen und sei als „Allgemeiner ein dortiger Rechtsanwalt aussersehen. Trotz scheinheiliger Augenwischerei über weitere Arbeiterzerpflückerung weist man es dem „Bergknappen“ an, daß hier nur allzufehr der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Einer der Gründe für die angebliche Neugründung ist nach dem „Bergknappen“ die Unzufriedenheit mit dem Verbandsbeamten Krawonczyk, von dem man sich nicht mehr helfen lassen will. Daran schließt der „Bergknappe“ folgende gütige Bemerkung:

„Die Unzufriedenheit mit dem Beamten K. ist zu begreifen. Wird dieser doch durch sein öffentliches Auftreten schon seit längerer Zeit hauptsächlich auf die Lachmuskeln ein.“

Wer selbst im Glashause sitzt, soll auf andere nicht mit Steinen werfen. „Christlicher“ „Bergknappe“. Weiß denn der „Bergknappe“ nicht, wie unsterblich sich sein Generaloberhaupt, der „klunige Franz Wehrens, bei der Abstimmung über das Vereinsgesetz blamierte, als er bei der ersten Lesung gegen, bei der zweiten für den Sprachpadagogen stimmte und sich dann bei der dritten Lesung der Abstimmung enthielt? Kennt der „Bergknappe“ nicht die hohen Hochtönen, nur auf die Lachmuskeln wirkenden Titel, die sich dieser Herr Wehrens beilegte?

Weiß der „Bergknappe“ nicht, daß August Bruß dem „großen“ Führer des Gewerkschafts-Röster attestierte, er, Röster, habe das Pulver nicht erfinden?

Weiß der „Bergknappe“ nicht, wie sein Obergebieter Bogelsang sich den Titel „Geheimrat“ erwarb? Dann raten wir ihm, sich die Kur- und Fremdenliste von Bad Neuenahr vom 1. August 1908 zu beschaffen; dort wird er auf Seite 16a unter den Kurgästen der „Villa Elsa“ (Besitzer Jakob Heinen) verzeichnet finden:

Herr Geheimrat Hermann Bogelsang, Vorbed.

Somit haben es die Verbandsbeamten allerdings noch nicht gebracht. Wir sind jedoch nicht ungenügend, sondern gratulieren dem Gewerkschaftsverein zu seinem Geheimrat! Kennt der „Bergknappe“ nicht auch den ihm nahestehenden „herrlichen Sohn von Straelen“ und seine himmelhohe Selbstbelobigung in der ultramontanen „Eisener Volkszeitung“? Weiß der „Bergknappe“ ferner nicht, daß der inzwischen zum Bezirksleiter avancierte Generalsekretär Effert als Gewerkschaftler gegen

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Wittorf. Jeden 1. und 15. des Monats, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn ...

Deutsch-Oh. An bekannter Stelle. Döbel. Nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Müller.

Schöbe. Nachmittags 2 1/2 Uhr. Wo? sagt der Vot. Schenck. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kette.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 11. Juli 1909: Reudersfel. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Reudersfel. ...

Achtung Kallenberg-Verein

im Bugan-Deutscher Revier. Sonntag, den 18. Juli cr., nachmittags 2 1/2 Uhr, in Schammels Gasthof in Woyndorf.

Uhren auf Teilzahlung. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. Jonass & Co., Berlin SW. 258.

Musikwaren und Sprechmaschinen auf Teilzahlung. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. Jonass & Co., Berlin SW. 258.

Sprechmaschinen-Platten auf Teilzahlung. Reichh. Repertoire uns. Goldplatten umsonst u. portofrei. Jonass & Co., Berlin SW. 258.

Goldwaren und Geschenkartikel auf Teilzahlung. Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei. Jonass & Co., Berlin SW. 258.

Ein Wink für Kranke.

Deutschland besitzt im Langsieder Stahlbrunnen einen Heilssatz ersten Ranges, der dient der lebenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.

Achtung! Anna Achtung!

Die fleißige organisierte Arbeiterkraft feiert am Sonntag, 11. Juli, im Lokal des Herrn G. H. ihr diesjähriges Gewerkschafts-Fest.

Das neue Bett.

Geschlen rot, bich, Daunendecke, große 1 1/2, (schl. Ober- und Unterbetten, unter 2 Kissen mit 17 Pfund Halbdaunen, weil teils keine farblicher, das Gebett Nr. 30. - daselbe Bett mit Daunendecke Nr. 35. - Feinst. herrschaftl. Daunendecke Nr. 40. - Preisliste kostet jedes Bett Nr. 5. - mehr. Nicht gefaltend. Gebt zurück. Katalog von Betten, Bettfedern und Ausstattungen frei. 100 Dankschreiben.

Konsumverein „Glückauf“ Eichlinghofen und Umgegend.

Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Wagener in Eichlinghofen.

General-Versammlung.

Tagessordnung: Auflösung der Genossenschaft. Der Vorstand: F. A. Fritz Kollmann.

Rechtsschutztag für Hattingen und Umg. Allen Rechtschyngehenden von Hattingen und Umgend zur Kenntnisnahme, daß Rechtsschutz im Lokale des Herrn Steffens, Bergerstraße, gegenüber dem Bergamt Hattingen, jeden Sonntag nachmittags erteilt wird.

Zahlstellen-Feste.

Annen. Sonntag, den 11. Juli, im Lokale des Herrn Joh. Feil, Kaiserstr. 20. Stilkantel-Fest, bestehend in Festzug, Konzert und Ball. ...

Arcona-Fahrräder! Nene Fahrräder 35.-, 40.-, 50.-, 60.-, 70.-, 80.-, 90.-, 100.-, 110.-, 120.-, 130.-, 140.-, 150.-, 160.-, 170.-, 180.-, 190.-, 200.-, 210.-, 220.-, 230.-, 240.-, 250.-, 260.-, 270.-, 280.-, 290.-, 300.-, 310.-, 320.-, 330.-, 340.-, 350.-, 360.-, 370.-, 380.-, 390.-, 400.-, 410.-, 420.-, 430.-, 440.-, 450.-, 460.-, 470.-, 480.-, 490.-, 500.-, 510.-, 520.-, 530.-, 540.-, 550.-, 560.-, 570.-, 580.-, 590.-, 600.-, 610.-, 620.-, 630.-, 640.-, 650.-, 660.-, 670.-, 680.-, 690.-, 700.-, 710.-, 720.-, 730.-, 740.-, 750.-, 760.-, 770.-, 780.-, 790.-, 800.-, 810.-, 820.-, 830.-, 840.-, 850.-, 860.-, 870.-, 880.-, 890.-, 900.-, 910.-, 920.-, 930.-, 940.-, 950.-, 960.-, 970.-, 980.-, 990.-, 1000.-

Warnung!

Sehen Sie genau hin und merken Sie gut! Nur der Zwerg als Schutzmarke bürgt Ihnen beim Einkauf für die Echtheit des Original-Futterkalk-Präparates von Weltruf, der allein echten Marke B. d. i. M. Brockmann's Marke B. mit dem Zwerg. Steigert und erhält bei täglicher Beifütterung dauernd die Frostluft der Tiere, daher unentbehrlich bei der Zucht wie bei der Mast.

Original-Packungen à 1 Pfund zu 40 Pf. und 5 Pf. zu 1,80 M. nur in den durch unsere Zwerg-Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben.

Strickmaschinen

Deutsche erstklassige Holland-Fahrräder, Motorräder, Näh-, Spross-, Schreib- und Landw.-Maschinen, Uhren, Musikinstrumente und photogr. Apparate auf Wunsch auf Teilzahlung.

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek

ist jeden Sonntag, von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr u. jeden Mittwoch, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Wiemelshauerstraße 40, geöffnet.

Solidaria Fahrräder

Das beste Rad der Gegenwart! Lieferung auf Wunsch gegen Teilzahlung. Anzahlung 20.- M. Abzahlung monatlich 1.- M. Reicherhaltbarkeit. Zubehör sehr billig. Katalog umsonst. I. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 172

Nützenscheid, Bergerhausen, Bredenen, Hellinghausen u. Hölsterhausen.

Sonntag, den 11. Juli cr., nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Josef Raas in Nützenscheid. Vereinsfest. Sommerfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball, unter Mitwirkung des Arbeiter-Turnvereins und des Arbeiter-Rudervereins. Abends 7 1/2 Uhr: Feste des Kameraden Otto Gie.

Nervenschwäche

und Männerkrankheiten. Preisgekrönter, lehrreicher Ratgeber von Spezialarzt Dr. med. Wunler zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarks-Erkrankungen, Gehirnschwäche, Zerrüttung, Folgen nervenrunder Leiden, Epilepsie und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann von geborenen unschätzbarem gesundheitsförderndem Nutzen. Für 1,60 M. in Briefmarken franko von Dr. Rumlir Kragl, Genf 752 (Schweiz).

Protokoll vom sozialdemokratischen Parteitag

Hilfsberg 1908. Cpl. 65 Pf. Bestellungen vermittelt H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelshauerstraße 40b

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek

ist jeden Sonntag, von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr u. jeden Mittwoch, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Wiemelshauerstraße 40, geöffnet.